

gewerkschaftliche „Palliativarbeit“, die in Wahrheit eine grundlegende und klärende Arbeit ist?! Spricht doch alle Erfahrung gegen die Annahme einer solchen Gefahr! Es ist wirklich kein Zufall und ist auch durchaus nicht allein als eine Wirkung der volkstümlichen Politik reaktionärer Gewalten anzusehen, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen über drei Millionen Stimmen erlangte. Dieser Erfolg fällt zusammen mit dem Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen und ihres Einflusses auf die Arbeiterschaft; er ist wesentlich mit ein Resultat dieser Entwicklung. Es ist im höchsten Grade ungerecht, dafür, daß man hier und da in der Partei Ursache hat oder zu haben glaubt, über ungenügende Entwicklung der Parteiverhältnisse zu klagen, die Gewerkschaften verantwortlich zu machen, statt die Ursachen da zu suchen, wo sie wirklich liegen — leider oft genug bei den klagenden Personen selbst.

Wer nicht einsieht, daß sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften eines Wesens sind, dem ist nicht zu helfen. Gegen die Gewerkschaften, um die es sich handelt, kann man begründeterweise den Vorwurf nicht erheben, daß sie die Einheitlichkeit dieses Wesens jemals verleugnet hätten. Möge in ihren Statuten gesagt sein: „Politik ist fernzuhalten“, möge sie ihre Mitglieder nicht verpflichten — was Torheit wäre — auf die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei: die gemeinsamen Interessen, die sich nicht willkürlich als „politische“, „wirtschaftliche“, „soziale“ abgrenzen und unterscheiden lassen, führen die Arbeiter zusammen, ehen sie mit zwingender Macht unter dem Banner des demokratischen Sozialismus zum gemeinsamen großen Emanzipationskampf.

Nach diesen Darlegungen erübrigt es sich für uns, in eine umfassende Kritik der einzelnen Beratungen und Beschlüsse des Jenaer Parteitages einzutreten. Auf einige Punkte müssen wir aber des näheren eingehen. Mit dem Beschluß zur Maisfeier sind wir, wie aus unseren früheren Äußerungen bekannt ist, einverstanden; daß wir manche Anschauung des Referenten und anderer „Muspolitiker“ scharf verurteilen, ändert nichts an unserer sachlichen Zustimmung.

Dem politischen Massenstreik stehen wir nach wie vor sehr skeptisch gegenüber; trotz der rhetorisch und historisch glänzenden Rede Bebels lehnen wir eine Diskussion sowohl wie die Propagierung des politischen Streiks nach wie vor mit aller Entschiedenheit ab. Ueber diese Frage zu entscheiden, halten wir übrigens den Gewerkschaftskongreß für viel kompetenter als den Parteitag, wie wir diese Kompetenz auch dem Gewerkschaftskongreß einräumen, wenn es sich bei zunehmenden Gegenständen darum handelt, über die Gestaltung der Maisfeier endgültig zu beschließen. Denn trotz aller gegenteiligen Reden sind es doch die Gewerkschaften, die in erster Linie die Kosten der Maisfeier sowohl als die des Massenstreiks zu tragen haben. So hoch uns auch die Einigkeit zwischen Gewerkschaften und Partei steht, dafür werden wir immer nachdrücklich eintreten, daß die Gewerkschaften tonangebend sind in Fragen, die ihre Fortentwicklung betreffen, wovon unter Umständen ihr Sein oder Nichtsein abhängt.

Bebel hat in seiner großartigen Rede die politische Lage grau in grau gemalt; leider zukünftig, müssen wir befürchten. Eine solche Rede ist bei Behandlung desselben Themas auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß nicht gehalten worden. Das war aber auch nicht nötig; denn eine solche Lage setzte der Gewerkschaftskongreß ohne weiteres voraus, als er die Konsequenz zog durch Annahme der Resolution:

„Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongreß erachtet es als eine unabweisbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Geseze nach besten Kräften fördern und alle Versuche, die bestehenden Volksrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit bekämpfen.“

Dasselbe fordert Bebel unter Zustimmung des Parteitages in dem Satze seiner Resolution:

„Der Parteitag erachtet es für geboten, auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.“

Soweit waren beide Körperschaften einig, völlig einig in der Sache. Nicht aber in der Taktik! Der Gewerkschaftskongreß legte das Hauptgewicht darauf, daß sich die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art genau so wie jede andere Taktik nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten habe. Der Kongreß hält daher alle Versuche, durch Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik fest-

legen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energig entgegenzutreten. Der Parteitag dagegen betrachtet als eines der wirksamsten Kampfmittel . . . gegebenen Falles die umfassendste Anwendung der Massenarbeitsinstellung.

Und dies Diktum erklärte Bebel als die „beste Rosine in seinem Kuchen“. — Wir sind nach wie vor der Meinung, daß es nichts Ungeschickteres geben kann, als wenn man den Gegnern die möglicherweise einzuschlagende Taktik verrät, wovon man andererseits aber auch gar nicht weiß, ob sie jeweils anwendbar ist. Wir halten den Beschluß des Gewerkschaftskongresses für viel weiser; er entspricht auch der bisherigen Taktik der deutschen Arbeiterschaft, die zu ändern die politische Lage wahrlich nicht rasam erscheinen läßt.

Bebel hat in seinem Referat der Kölner Resolution große Unklarheit vorgeworfen, wir meinen zu Unrecht; nicht Irt ist aber in seiner Resolution, wann „der Fall gegeben“ ist. Soll der Massenstreik „gegebenfalls“ zur Anwendung kommen, wenn ein Anschlag auf das Wahlrecht oder Koalitionsrecht gemacht wird, oder ist der Fall erst gegeben, wenn sich die Arbeiterschaft stark genug fühlt, den Anschlag abzuwehren? Wir halten den Fall nicht eher „für gegeben“, bis die Voraussetzung geschaffen ist: Organisation der Arbeiterschaft auf allen Wegen und Stufen. Bis dahin hätte man die Massenstreiks-Idee ruhen lassen sollen.

Bis auf die „beste Rosine“ stimmen wir der Bebel'schen Resolution selbstverständlich vollinhaltlich zu. Sehr erfreulich ist es ja, daß sich endlich der Parteitag dazu entschlossen hat, klipp und klar auszusprechen, daß jeder Parteigenosse verpflichtet ist, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Daß unangelehrt jedes stoffbewußte Mitglied einer Gewerkschaft die Pflicht hat, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, haben wir immer betont; und dafür werden wir auch immer auf neue eintreten. Der Partei liegt aber die Pflicht ob, in viel höherem Maße als bisher für die Ausbreitung und Vertiefung der sozialistischen Idee zu agitieren. Sich um nichts kümmern und dann über die Gewerkschaften rasonieren, wenn es an sozialistischem Geist in der Arbeiterschaft fehlt — das ist nicht der richtige Weg. Hoffentlich wird auch das nun besser.

Zum Schluß müssen wir noch kurz einen anderen Punkt berühren, den wir uns gestatten, recht milde parteigegensässliche Unarten zu benennen. Es betrifft die ganz unmovierten „Entrüstungen“ gewisser Parteilgenossen und -Genossinnen und die von derselben Seite ungemein leichtfertig ausgesprochenen Verdächtigungen gegenüber anderen Genossen, die abweichender Meinung über diesen oder jenen Punkt, besonders Maisfeier und Massenstreik, sind. Auch die „Pferdelache“, die ertönt, wenn ein edler „Nadlaler“ angeblich auf Kosten eines „Revisionisten“ einen Witz verbrochen hat, gehört in dies Kapitel. Schlimmer noch trieben es einige Genossen und Genossinnen bald zum Schluß des Jenaer Parteitages, als ein Delegierter aus dem weisfällischen Industriegebiet die passende Gelegenheit wahrnahm, die nach seiner und unserer Uebergewegung tüchtig aufklärende Tätigkeit der „Vergarbeiter-Zeitung“ zu rühmen. Und was geschah nun? Der Genosse konnte seine Ausführungen nicht beenden; der großen Unruhe und der Zwischenrufe wegen mußte er seine Rede abbrechen. Ihm wurde entgegengerufen, die „Vergarbeiter-Ztg.“ habe für die sozialdemokratische Partei noch nichts getan, sie eher noch geschädigt. Bekannte Delegierte und nicht zuletzt eine Delegiertein protestierten durch Zurufe lebhaft gegen die Verteidigung der „Vergarbeiter-Zeitung“.

Und warum diese „Entrüstung“ dieser Nadaumacher? Einestheils aus blasierter Ueberhebung, zum anderen wohl auch, weil die bezeichnenden Delegierten dann und wann einen berechtigten „Nasenstüber“ von der „Vergarbeiter-Zeitung“ bekommen haben. Aber gerade deshalb hätten sie ihre Gefühle in aller Bescheidenheit für sich behalten sollen. Bescheidenheit ist freilich eine Zier . . .

Wir halten die „Vergarbeiter-Ztg.“ für eines der besten Gewerkschaftsblätter, das in seinem Leserkreise ganz eminent wirkt nicht nur für die Gewerkschaftsfrage, sondern für die allgemeine Arbeiterbewegung, für die Sozialdemokratie; viel mehr als verschiedene Parteizeitungen, deren Redakteure glauben, die Wissenschaft und den sozialistischen Geist an allen vier Zipfeln gepackt zu haben. Das auszusprechen bei dieser Gelegenheit, halten wir für unsere Pflicht. Im Interesse der Partei würden wir es für sehr erfreulich halten, wenn unsere Kritik etwas zur Verbesserung beitrüge.

Wie ist die Unfallgefahr im Baugewerbe zu überwinden?

Es sind circa zehn Jahre verflossen, daß sich die Bauarbeiterschaft Deutschlands systematisch und intensiv mit der Förderung des Bauarbeiterschutzes beschäftigt. Im Jahre 1893 wurde gemeinsam von den Organisationen der hauptsächlich in Frage kommenden baugewerblichen Arbeiter eine sich auf ganz Deutschland erstreckende Bauteilkontrolle vorgenommen, die so erschreckende Mißstände zu Tage förderte, wie es selbst der pessimistischste Beurteiler der baulichen Zustände nicht für möglich gehalten hätte. Die damals in den Fachorganen der baugewerblichen Arbeiterschaft veröffentlichten Berichte über die Zustände auf den Bauten erregten sowohl bei den Freunden als auch bei den Feinden der Arbeiterschaft berechtigtes Aufsehen. Diese Berichte und anderes einschlägige Material nebst zweckentsprechenden Vorschlägen zur Beseitigung der Mißstände wurden später zu einer Broschüre verarbeitet, die 1897 unter dem Titel „Mißstände im Baugewerbe“ von der Generalkommission der Gewerkschaften herausgegeben wurde. Im Anschluß an die Bauteilkontrollen wurden in allen namhaften Städten Protokollversammlungen abgehalten, wo die baugewerbliche Arbeiterschaft aufgefordert wurde, mit den greulichen Zuständen schnellstens aufzuräumen.

Zu derselben Zeit wurde in Hamburg die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz gegründet, die in Wort und Schrift die begonnene Agitation für die Schaffung befriedigender Zustände auf den Bauten lebhaft fortsetzte. Im Frühjahr 1899 veranstaltete die Zentralkommission den ersten Bauarbeiterschutzbongreß, der in Berlin tagte und durch 816 Delegierte besetzt war. Die beiden Hauptpunkte der Tagesordnung des Kongresses waren: 1. Der Wandschimmel und das Submissionswesen. 2. Die Unfallgefahr und Mißstände in sanitärer Beziehung. Zu dem letzteren Punkte sprachen außer dem Referenten 88 Redner der einzelnen Gewerbe und größerer Bezirke. Aus allen Reden sang tiefe Entrüstung über die frevelhaften Mißstände im Baugewerbe, über das Verhalten der Unternehmer und Behörden, die nichts tun, um der Unfallgefahr vorzubeugen und den sonstigen nur zu berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Alle Redner, Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Dachbeder, Klempner, Stuckateure, Maler, Ofenbauer, Glaser, Bauhilfsarbeiter und Bauhilfsarbeiter, forderten nachdrücklich baldige, sofortige Abhilfe.

Der Kongreß beschloß eine Resolution, worin in erster Linie betont wird, daß die Bauarbeiterschaft das Hauptgewicht auf die Unfallverhütung legt. Ferner wird unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht, daß die Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerkschaftsgenossenschaften ungenügend, ja nichtsagend sind, daß aber auch das wenige, was von einiger Bedeutung für den Arbeiterschutz darin enthalten ist, von der Mehrzahl der Unternehmer nicht durchgeführt wird. Aus diesen Gründen forderte der Kongreß:

1. daß in einem Reichsbaugesetz Normalvorschriften erlassen werden für Sicherheitsvorrichtungen bei allen Bauarbeiten;
2. daß Bauherren und Unternehmer gemeinsam verpflichtet werden zur Herstellung von zweckentsprechenden Umkleebänken, Wasch- und Erwärmen, die den Arbeitern zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung zu stellen sind. Diefelbe Vorschrift soll sich auf Aborte erstrecken;
3. daß Bauherren und Unternehmer gemeinsam verpflichtet sind, während der Wintermonate die Türen und Fensteröffnungen zum Schutze der Innearbeiter gegen Zugluft zu schließen;
4. daß die regelmäßige Ueberwachung der Bauten durch staatliche, mit dem Baubetrieb völlig vertraute Beamte zu erfolgen hat, und daß diesen Beamten erfahrene Arbeiter als Baukontrolleure zur Seite gestellt werden;
5. soll in dem Gesetze ausgesprochen werden, daß Vertreter der Arbeiter gemeinsam und in gleicher Zahl mit Vertretern der Unternehmer die Normalvorschriften für bestimmte Bezirke zu präzisieren und zu erläutern haben, damit diese Unfallverhütungsvorschriften auf alle Fälle anwendbar sind.

Dies ist in kurzen Umrissen das Programm der baugewerblichen Arbeiter in puncto Arbeiterschutz. — Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz wurde vom Kongreß bestätigt. Sie richtete dann ein ständiges Sekretariat ein, um noch mit mehr Nachdruck als bisher den Bauarbeiterschutz zu fördern. In den verschiedensten Städten und Landesteilen wurden Lokal- bzw. Landes-Bauarbeiterschutzbongreß veranstaltet. Viele Bauteilkontrollen sind im Laufe der Jahre ausgeführt und die Ergebnisse — immer wieder Mißstände über Mißstände — sind veröffentlicht worden. Petitionen über Petitionen sind an die Landeszentralbehörden und auch an die Verwaltungen größerer Gemeinden abgeandt worden. Ein zweiter allge-

meiner Bauarbeiter-Schutzkongress ist im Jahre 1903 in Berlin abgehalten worden; an 450 Delegierte aus 719 Orten nahmen sich zum Protest gegen die Mißstände im Baugewerbe und gegen die Passivität der Regierungen vereinigt. Die im Jahre 1899 gestellten Forderungen sind im verstärkten Maße erhoben worden.

Und was hat all diese Agitation, die viele Mühe und Arbeit einzelner Kollegen und Genossen bisher eingebracht?

Einige kleine Verbesserungen sind ja zu verzeichnen. In einigen Städten Bayerns und anderen süddeutschen Staaten hat man den schäblichsten Versuch gemacht, Arbeiter als Baukontrolleure anzustellen, wie man hört, mit gutem Erfolge; nach den letzten Berichten sind in diesen Städten die Unfälle — besonders die schweren — bedeutend zurückgegangen. In dem in Deutschland tonangebenden Staate Preußen hat sich der Minister des Innern insofern wiederholt mit dem Bauarbeiter-Schutz beschäftigt, als er die ihm untergeordneten Polizeibehörden angewiesen hat, die Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften auf ihre Durchführung und Wirksamkeit zu prüfen. Ueber den Befund soll dem Minister Bericht erstattet werden. In vielen Städten fast aller Bundesstaaten sind Polizeiverordnungen erlassen worden, betreffend Baubuden und Aborte. Im Königreich Sachsen und im Großherzogtum Baden sind die landesgesetzlichen Bestimmungen über das Bauwesen neu geregelt worden, und in beiden Gezeihen finden wir auch einige Paragraphen über den Arbeiterschutz. Es ist zwar nicht viel, immerhin könnte es als Anfang begrüßt werden, wenn es nur in der Praxis zur Geltung käme. Das ist aber ganz selten der Fall. In den meisten übrigen Bundesstaaten ist es noch viel kläglicher bestellt. Die Vorschriften über Baubuden und Aborte befriedigen selbst auf dem Papier nicht. Die Hauptforderung der baugewerblichen Arbeiter bleibt ganz unberücksichtigt. Die Bestimmungen über den Verfallbau — wenn sie überhaupt Erwähnung finden — sind so nichtsagend wie möglich. Gegen die Anstellung von Arbeitern als Baukontrolleure wehren sich nicht nur die Vertreter der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften und das organisierte Unternehmertum, sondern auch die Reichsregierung und die Regierungen der meisten Einzelstaaten weisen es weit von sich, dieser Frage des Bauarbeiterschutzes näherzutreten. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß ein Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der den Forderungen der Arbeiter entspricht, in absehbarer Zeit zum Ziele führen könnte. Allem Anschein nach haben wir auf eine befriedigende gesetzgeberische Aktion in Sachen des Bauarbeiterschutzes auf noch lange Zeit hinaus nicht zu rechnen.

Kann aber die baugewerbliche Bauarbeiterschaft solange warten, bis es einmal einem Herrn Minister und den sonst berufenen Körperschaften einfällt, die Maschine in Gang zu setzen? Wir sagen: Nein! Die Bauarbeiter haben schon viel zu lange gewartet. Viel zu viel Opfer an Leben und Krüppeln haben sie der Profitgier der Unternehmer und dem Schwindel der Gesetzgeber und Behörden, aber auch ihrer eigenen Gleichgültigkeit gebracht. Es ist die höchste Zeit, daß die Bauarbeiter aller Branchen andere Mittel anwenden, andere Wege einschlagen.

Andere Leute, beispielsweise die Agrarier, haben viel erreicht durch Streiken. Auch die baugewerblichen Arbeiter haben des öfteren ihre Schmerzen in die Welt hineingeschrien; geholfen hat es aber, wie wir gesehen, nicht viel. Also schreien wir härter, anhaltender! Aber auch dann, selbst wenn die Bauarbeiter Woche für Woche Massenversammlungen abhalten und gegen die Mißstände auf den Bauten fortgesetzt den lautesten Protest erheben, auch dann werden sie wohl noch lange auf die Erfüllung ihrer Wünsche warten müssen. Immerhin wird es nützlich sein, härter und anhaltender zu schreien.

Für viel notwendiger, ja für ganz unerlässlich hatten wir es aber, daß die Bauarbeiterschaft in Sachen des Bauarbeiterschutzes den Weg der praktischen Selbsthilfe beschreitet. Auch das ist schon geschehen, wird vielleicht eingewendet werden. Allerdings, Ansätze dazu waren schon längst zu beobachten, aber es sind auch nur Ansätze geblieben. Es ist bekannt, daß die Arbeiterschaft bei ihren Lohnforderungen seit Jahren Forderungen erhebt auf Einführung von Schutzvorrichtungen, Errichtung von Baubuden und Aborten u. dgl. Diesen Forderungen gegenüber verhält sich das Unternehmertum auch selten ablehnend, wenn es auch an Einwendungen, daß diese oder jene Bestimmung zu weit gehe, nicht fehlt. In der Regel werden sie anerkannt und bilden einen Bestandteil der Tarifverträge. Damit ist aber die praktische Gestaltung des Arbeiterschutzes gar nicht gefördert; denn genau so wie die meisten polizeilichen Verordnungen und die berufs-genossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften, stehen auch die Vereinbarungen im Tarifvertrag nur auf dem Papier, wenn nicht die Arbeiterschaft die Durchführung ergötzt. Nun ist auch dieser Zwang in seiner schärfsten Form schon vereinzelt angewendet worden; die Arbeit ist eingestellt und Sperren über einzelne Bauten und Unternehmer sind verhängt worden. Wir können heute natürlich nicht der baugewerblichen Arbeiterschaft empfehlen, morgen oder

übermorgen in einen Massenstreik einzutreten oder Sperren in größerer Zahl zu verhängen zur Beseitigung der Mißstände, zur Einführung von wirklichen Schutzvorrichtungen und Anstellung von Baukontrolleuren — wir glauben aber doch sagen zu müssen, daß wir ohne schärfere Anwendung dieser Selbsthilfe unserer Meinung nach nichts erreichen. Wir halten es für dringend wünschenswert, daß sich die Leiter der Organisationen mehr als bisher mit dieser Frage beschäftigen.

Aber auch dies Mittel würde wirkungslos verpuffen, wenn nicht jeder einzelne Arbeiter Tag für Tag die Gleichgültigkeit gegen Gefahren für sich und andere so recht innerlich zu überwinden sucht. Nicht mit dem Schreien in Versammlungen, nicht mit dem Streik allein werden die Mißstände beseitigt; hinzu kommen muß, daß der Arbeiter bei jedem Handtag den festen Willen bekundet, alle Vorkehrungen, Umstände und Gewissenhaftigkeit walten zu lassen, die sein gefahrvoller Beruf — tief unten in Gräben und Gruben und hoch oben auf schwankendem Gerüst — jeden Augenblick erfordert. Daran fehlt es leider noch allzu sehr. Und das ist das Grundübel. Es ist nicht genug zu betonen, daß gerade diese Selbsthilfe erforderlich ist. Selbst die größtmögliche Staatshilfe müßte versagen, wenn nicht die Notwendigkeit dieser Selbsthilfe erkannt und der feste Wille, sie anzuwenden, unerschütterlich in den Arbeitern lebendig ist. Darum prüfe sich jeder einzelne Kollege, ob er diese notwendige Vorbedingung zur Vermeidung der Unfallgefahr erfüllt hat. Wir müssen leider wieder die Unfallgefahr erfüllt hat. Wir müssen leider wieder die Unfallgefahr erfüllt hat. Wir müssen leider wieder die Unfallgefahr erfüllt hat.

Zum Zusammentritt des Reichstags.

Am 28. November tritt der Reichstag zu einer neuen Session zusammen. Mit Spannung sind die Wände aller Politiker auf sie gerichtet. Handelt es sich doch um die Verdrängung und Erhebung höchst wichtiger Fragen, die tief in die Interessen des Volks einschneiden. In erster Linie steht die nun schon viele Jahre die Regierungen und das Parlament beschäftigende sogenannte Reform des Reichsfinanzwesens. Was ist unter dieser „Reform“ zu verstehen? Ein schlimmer Zustand, und das Verhüllen der Regierung, ihn mit schlimmen Mitteln zu kurieren. Das ganze Reichsfinanzwesen beruht auf einem höchst ungerechten und unklugen System, dem der Zölle und indirekten Steuern. Ersteres, gelegt auf notwendige Konsumartikel, die vom Auslande eingeführt werden müssen, sind nicht etwa rein finanzielle, d. h. solche, die lediglich dem Geldbedürfnis des Reiches dienen; es verbindet sich mit diesem Zweck die Schutzzollnerei, d. h. Zölle auf Industrieprodukte und mehr noch solche auf landwirtschaftliche Produkte sind dazu bestimmt, wie die offizielle Versicherung lautet, unsere Industrie und unsere Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Das ist Bismarck. Der wirkliche Zweck der Schutzzölle ist, einer kleinen Clique von Großindustriellen und dem Stande der Großgrundbesitzer, des Junkertums, Profite zu verschaffen, das Volk zu schaden. Der Zoll verneuert das inländische Produkt um mindestens soviel, als er beträgt.

Die indirekten Steuern sind Verbrauchsabgaben. Sie sind gelegt auf inländische Produkte, die dem Massenkonsum dienen, auf Bier, Wein, Tabak, Salz, Zucker usw. und bewirken, wie die Zölle, eine Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen.

Das System der Zölle und indirekten Steuern hat im Laufe der Jahre eine ungeheure Ausgestaltung erfahren. Im Jahre 1878 betrugen die Einnahmen aus ihnen 25½ Millionen Mark. Bis zum Jahre 1905 stiegen sie auf etwa 300 Millionen, also auf nahezu das Vierfache, und zwar ungemein die Mehrausgaben für die Verteuerung des heimischen Getreides, Viehs, Holzes usw. Bis 1878 war die indirekte Steuerlast 7 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Jetzt beträgt diese Last über 18 Mark, und wenn mit dem 1. März 1906 der neue Zolltarif in Kraft treten sein wird, erhöht sich diese Belastung einer Steigerung bis auf über 20 Mark. Soviel zahlt der Konsument an die Staats- resp. Reichskasse.

Aber das alles reicht noch nicht hin, das Geldbedürfnis der Regierung zu befriedigen. Verhältnismäßig viel erheblicher noch als die Einnahmen des Reichs aus Zöllen und indirekten Steuern sind die Ausgaben gewachsen, unter denen die für Heer, Flotte und Kolonien oben an stehen. Und eine neue gewaltige Erhöhung dieser Ausgaben ist geplant. Dem Reichstage wird eine Flottenborlage zugehen, die nicht weniger als 750 Millionen an Mehraufwand zur Verstärkung der Flotte für die Jahre 1907—17 verlangt. Viele Millionen Mehraufwand für das Heer und weitere Hunderte von Millionen für die Kolonialpolitik kommen hinzu. Unsere Kolonien sind ein freies Land Anheil für das Volk. Seit ihrer Gründung (1886) bis jetzt sind 4.753.592.300 für sie ausgegeben worden. Man hat früher gesagt, der Handel mit den Kolonien werde diese Opfer reichlich ausgleichen. Das Gegenteil aber ist der Fall. Der Wert des wirklichen Handels zwischen Kolonien und Mutterland belief sich in derselben Zeit nur auf 260 Millionen Mark. Alles übrige ist verlorenes, völlig nutzlos ausgegebenes Geld, nutzlos wenigstens für das deutsche Volk. Nur eine kleine Anzahl von Hauptrednern und Großkaufleuten und „patriotischen“ Abenteurern habe Vorteil davon gehabt. Und überdem hat die Kolonialpolitik schon große Opfer an Blut und Leben erfordert, und erfordert immer noch mehr. Das Verlangen nach immer neuen und größeren finanziellen Gehobspieren stellt sich ganz selbstverständlich ein.

Es ist unter diesen Umständen erklärlich, daß die Mittel, die die leitenden Zölle und indirekten Steuern gewähren, nicht ausreichen. Unsere Reichsfinanzminister sitzen in der

Klemme; sie wissen nicht mehr, wovon sie alle Ausgaben bestreiten sollen. Da wissen sie sich denn nicht anders zu helfen, als daß sie neue indirekte Steuern in Vorschlag bringen. Ihr dem Reichstag beschicktes solches Projekt ist, durch beträchtliche Erhöhungen der Abgaben an Bier und Tabak, durch neue Stempelsteuern, worunter auch eine Quittungssteuer, sowie durch Schaffung einer Reichserbschaftsteuer, etwa 200 Millionen Mehreinnahmen zu erreichen, so daß die Gesamteinnahme aus dem System der indirekten Belastung dann fast auf über eine Million belaufen würde.

Das nennt die Regierung eine Finanz-„Reform“! Dazu soll nach ihrem Verlangen der Reichstag „Ja“ und „Amen“ sagen. Nach wie vor ist sie, dem Interesse der herrschenden Klassen Rechnung tragend, weit davon entfernt, sich dem einzig gerechten Steuerproblem zuzuwenden, der progressiven Reichseinkommensteuer, die die Reichen und Wohlhabenden zum Schutze trifft. Nach wie vor und in immer härteren Maße soll das unbemittelte, arme arbeitende Volk zu steuerlichen Leistungen, die seine Lebenshaltung treffen und seine sowieso schon sehr mühselige wirtschaftliche Lage noch mehr verschlechtern, gezwungen werden.

Selbstverständlich wird die sozialdemokratische Fraktion dagegen entschieden Stellung nehmen, wie sie ja dieses ungerechte System von jeher bekämpft hat. Zentrumsorgane haben zwar erklärt, daß das Zentrum einer Erhöhung und Vermeerung der Steuern auf den Massenkonsum nicht zustimmen werde. Aber dieser Versicherung ist nicht zu trauen. Das hat das Zentrum schon oft feierlich erklärt, um, wenn die Entscheidung kam, umzufallen. Wir rechnen mit der Wahrscheinlichkeit, daß es auch jetzt wieder den Forderungen der Regierung entspreche wird.

So lange der Reichstag von einer reaktionären Mehrheit beherrscht wird, ist an eine Beseitigung der jetzigen schismatischen Wirtschaftspolitik nicht zu denken. Da hängt Gewicht sich an Gewicht, bis das Volk die Last nicht mehr zu tragen vermag.

Daß der Reichstag in seiner neuen Session auf sozialpolitischem Gebiet nichts von Belang zu Gunsten der Arbeiter schaffen wird, steht schon jetzt fest. Man wird reaktionäre Sozialpolitik treiben. So in der Frage der Reichsfähigkeit der Berufsvereine, die, wie wir kürzlich dargelegt haben, dazu dienen wird, einen neuen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu unternehmen. Der Geist der Zuchtungsgegesvorlage tritt wieder stark hervor. Ebenfalls werden Regierung und herrschende Parteien zu einer Ausgestaltung und Sicherung des Koalitionsrechts nicht die Hand bieten.

Was den Arbeiterschutz anlangt, so ist ja nach der Meinung der maßgebenden Elemente mehr als genug gegeben für die „unabwägbaren“ Arbeiter. Von Schaffung gesetzlicher Interessenvertretungen der Arbeiter in Arbeiterkammern bzw. Arbeitskammern, von reichsgesetzlicher Regelung des Bauarbeiterschutzes, von gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit u. dgl. ist nicht die Rede. Um so rühriger wird die sozialdemokratische Fraktion sein müssen, die Interessen der Arbeiterklasse auch in sozialpolitischer Hinsicht zu vertreten. Es wird schwere Kämpfe geben. Uebrigens erachten bürgerliche Wähler die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag aufgeschoben wird, wenn die Regierung ihren Willen nicht durchzusetzen vermag. Daran glauben wir nicht. Denn die Regierung würde bei Neuversuchen ein sehr schlechtes Gesicht machen, jedenfalls keinen „besseren“, d. h. ihr gefälligen Reichstag bekommen.

Die Arbeiter sollten sich mit dem ganzen Größ der politischen Situation durchdringen und sich eifriger denn je die Ausgestaltung und Kräftigung ihrer Organisation angelegen sein lassen, um neue und schwerere Kämpfe bestehen zu können, die ganz sicher kommen werden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr verflochten.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), Lauenburg (Sperre über Basedow, Bauten in Geesthacht-Krämmel);

Mecklenburg:

Waren (Zimmererstreik), Schwerin (Sperre über Ford, Stange);

Pommern:

Jarmen (gesperrt sind die Unternehmer Heidschmidt und Brandt), Grimmen (Sperre über Krakow), Stralsund (die Unternehmer A. Hasselmann und H. Albrecht sind gesperrt.);

Brandenburg:

Strasburg i. d. U.-M. (Sperre über Döring), Ketzin (Differenzen);

Schlesien:

Trachenberg (Streik), Ohlau (Sperre über Nippert), im Oberschlesischen Industriebezirk (partielle Streiks);

Provinz Sachsen:

Halberstadt (Aussperrung der Maurer u. Zimmerer);

Königreich Sachsen:

Leipzig (Sperren über die Bahnhofsbaute des Unternehmers Daniel Maris aus Spillimberg), Hirschberg a. d. S. (Aussperrung);

Thüringen:

Görsnitz (Streik), Erfurt (Sperren über Schenk und Wagner);

Bayern:

Alexan (Streik), Kissingen (Differenzen), Nürnberg (Sperre über Birkmann), Kronach (Sperre über die Steinbruchbesitzer Vetter & Co.);

Zum fünften Punkt der Tagesordnung, „Verschiedenes“, stellte der Zweigverein Erfurt den Antrag: Die Besitzer zum Bauvorsitz müssen auf der Konferenz anwesend sein, können jedoch nicht als Delegierte von ihrem Zweigverein gewählt werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Nach einem ausserordentlichen Schlusswort des Kollegen Schenk wurde die Konferenz gegen 6 Uhr Abends vom Vorsitzenden Riemert mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung geschlossen.

Altenburg. Sonntag, den 5. November, fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Reiche Bericht von der Konferenz zum Erfurt. Kollege Reiche dankte dem Delegierten für den schönen Vortrag im Namen der Versammlung. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde dem Kassierer über die Zentraltransitenliste der Maurer gesprochen. Er fand aber keinen guten Boden. Nachdem noch über verschiedene Punkte Auskunft erteilt war, wurde die Versammlung geschlossen.

Altenburg. Der Versammlungsbericht aus Altenburg in Nr. 45 des „Grundstein“ ist unter Verstoß gegen den § 5 des Statuts eingesandt worden und daher für den Zweigverein Altenburg als nicht maßgebend zu betrachten. Im die betreffenden Artikelreiter näher zu kennzeichnen, verweise ich darauf, daß man in meiner Abwesenheit verlor, die Zweigvereinsstempel zu verlangen, um so die Redaktion zu täuschen und als Vorwissen des Zweigvereins bloßstellen zu können. Es mag nun jeder Kollege selber darüber urteilen, ob auf diese Weise der „schönlichst erwünschte Frieden“ unter den Mitgliedern herbeigeführt wird. Ich beweise das sehr, denn es ist doch nicht zu glauben, daß die übergroße Mehrheit der Altenburger Maurer, die mich am 17. Oktober auf eine neue zum Vorsitzenden gewählt hat, sich mit derartigen Vorfällen einverstanden erklärt, wie sie von bestimmter unehrlicher Seite in letzter Zeit vorgenommen worden sind. Wünschenswert wäre es jedenfalls, wenn die Redaktion den Artikelreiter hierin nachvollziehen würde.

Altenburg. Der Versammlungsbericht aus Altenburg, S. M. Anmerkung der Redaktion: Wir haben unter den beworbenen Umständen keine Veranlassung, dem Wunsch des Kollegen Oppitz nicht nachzukommen. Der in Nr. 46 des „Grundstein“ abgedruckte Bericht ist von dem Kassierer Kollegen Viehler eingesandt worden; zum Abdruck haben wir den Bericht erst gebracht, nachdem er auf unser Anfordern von mehreren Mitgliedern des Zweigvereinsvorstandes bestätigt worden war.

Berlin. Am 15. November fand eine Versammlung sämtlicher Funktionäre der Sektion der Gips- und Zementbranche statt. Der Sektionsvorstand berichtete über das Ergebnis von zwei Sitzungen, die am 29. September und am 7. November 1905 mit dem Verband der Bauarbeiter, Zweigverein Berlin, wegen Grenzstreitigkeiten abgehalten wurden.

An den Sitzungen haben teilgenommen: je ein Vertreter des Hauptvorstandes beider Verbände, die Gips- und Zementvereinsvorstände, der Sektionsvorstand, sowie von beiden Verbänden eine Anzahl Vertrauenspersonen.

In den Sitzungen wurde über die Forderung des Bauarbeiterverbandes: daß sämtliche Mitglieder der Gips- und Zementbranche, soweit sie bei der Zubereitung und bei dem Transport des Materials beschäftigt sind, in den Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin, überzutreten sollen, verhandelt.

In der ersten Sitzung begründete während als Vertreter des Hauptvorstandes des Verbandes der Bauarbeiter die Forderung, indem er sich in der Hauptsache auf den § 3 Absatz 2 des zwischen den beiden Verbänden bestehenden Kartellvertrages berief.

Der Kollege Wölmberg, als Vertreter des Hauptvorstandes unseres Verbandes, vertrat im Prinzip denselben Standpunkt wie während. Er hielt es ebenfalls für notwendig, daß den Forderungen des Verbandes der Bauarbeiter stattgegeben werde. Er betonte noch, daß wir laut Kartellvertrag den diesbezüglichen Wünschen der Bauarbeiter Rechnung tragen müssen.

Der Zweigvereinsvorstand der Bauarbeiter war derselben Meinung.

Die Vertreter unserer Sektion widersprachen den angeführten Gründen. Durch praktische Beispiele, aus den täglichen Erfahrungen herausgegriffen, führten sie den Bauarbeitern die Undurchführbarkeit der Erfüllung ihrer Forderung vor Augen. Was den § 3 Abs. 2 des Kartellvertrages anbelangt, so wurde dem Kollegen Wölmberg sowie Genossen während entgegengehalten, daß dieser Kartellvertrag zwischen beiden Organisationen zu einer Zeit geschlossen wurde, wo auf die in der Zementbaubranche beschäftigten Arbeiter keine Rücksicht genommen wurde, weil diese noch nicht da waren.

Die erste Sitzung wurde ohne Resultat beendet. Nach Beendigung unserer Lohnbewegung soll die Verhandlung fortgesetzt werden.

In der zweiten Sitzung am 7. November wurde über das Thema weiter verhandelt. Im Anfang der Sitzung wurde von unserem Sektionsvorstand erklärt, daß, weil die Vorbedingungen für die in der Sache etwa zu treffenden Vereinbarungen noch nicht erfüllt sind, könne er in der heutigen Sitzung irgend welchen Abmachungen keine Zustimmung nicht geben. Als Vorbedingung mußte gelten ein vollständiger Abbruch unserer Lohnbewegung. (30 Firmen hatten bis zum Tage die Forderungen noch nicht anerkannt.) Rücksprache mit sämtlichen Funktionären der Sektion und allen beim Uebertritt in Frage kommenden Kollegen. Nach dieser Erklärung verhandelte die Sitzung weiter. Es wurde nochmals das Für und Wider scharf hervorgehoben. Die Vertreter der Bauarbeiter hielten ihren in der ersten Sitzung eingenommenen Standpunkt aufrecht. Der Kollege Wölmberg wünschte, daß die Sache endlich zu Stande kommt und vertrat den in der ersten Sitzung eingenommenen Standpunkt in noch schärferer Form. Unsererseits wurde nochmals die Unmöglichkeit der Erfüllung der Wünsche der Bauarbeiter nachgewiesen. Es wurde betont, daß die Konkurrenz in unserer Branche sehr groß und von nicht zu unterschätzender Bedeutung sei, die geradezu einen noch engeren Zusammenschluß in der Organisation bedingte. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß gerade aus diesem Grunde in Städten, wie Hamburg und andere mehr, alle Arbeiter der Gips- und Zementbaubranche dem Bauarbeiterverband als Sektionen angegliedert

sind, ohne daß der Bauarbeiterverband hiergegen Einwendungen machte. Auch solle man beachten, daß unsere Mitglieder keine Sammelherde sind, die sich beliebig von einer Stelle zur anderen schieben läßt. Ferner kam in Betracht, daß ein sehr großer Teil unserer Mitglieder, der beim Uebertritt in Frage kommt, einfach diesen Tag nicht mitmachen wird. Es wurde ausgeführt, daß es doch jedem Sektionsmitglied klar sein mußte, daß, wenn unsere Mitglieder nicht aus Ueberzeugung übertraten, sondern zum Uebertritt gezwungen würden, einfach sagen werden, „Verhandelt“ lassen wir uns nicht; wenn uns der Maurerverband nicht mehr haben will, dann können wir uns ja die Organisation, der wir fernher angehören wollen, selbst ausbilden.

Vielleicht war die andere Organisation der Bauarbeiter Berlins schon mit offenen Armen auf den Empfang derjenigen Mitglieder unserer Sektion, die den Handel nicht mitmachen wollen.

Es wurde zu weit führen, wenn wir alle die stichhaltigen Gründe, die die Vertreter unserer Sektion noch anführten, wiedergeben wollten. Es sei nur noch gesagt, daß unsere Vertreter im Prinzip und auch rechtlich die Wünsche der Bauarbeiter bis auf einzelne Abweichungen anerkannt haben. Wenn es nur aber werden, daß sich die Vertreter der Bauarbeiter mit Rechtigkeit über die von uns angeführten Gründe hinwegsetzen. Zudem sei es klar, wir malen viel zu schwarz, haben sie bewiesen, daß ihnen das richtige Verständnis für die für uns hochwichtige Sache fehlt. Im Laufe der Verhandlung wurden von einem Teilnehmer der Sitzung Uebertrittsbedingungen „formuliert“ und der Sitzung unterbreitet. Diese Uebertrittsbedingungen fanden den Beifall der Vertreter der Bauarbeiter, diese erklärten dann auch, daß sie mit wenigen Abänderungen dafür stimmen würden.

Unsere Vertreter erklärten, für diese Uebertrittsbedingungen nicht stimmen zu können. Im übrigen berieten sie sich auf die eingangs der Sitzung von ihnen abgegebene Erklärung. Es wurde denn auch von einer Abstimmung Abstand genommen.

Daraufhin wurde sich die Sitzung einig, daß diese Uebertrittsbedingungen der Gegenstand einer Versammlung, die von unserer Sektion einberufen wird, sein sollen. Zu dieser Versammlung, an der die Vertreter der Hauptvorstände beider Verbände teilnehmen, werden alle beim eventuellen Uebertritt in Frage kommenden Mitglieder unserer Sektion eingeladen. Diese Versammlung soll nach Anhören des Für und Wider die Entscheidung in der Sache treffen.

Aus diesem Bericht ist ersichtlich, daß keineswegs in den beiden Sitzungen, ein Abbruch in der Angelegenheit zu Stande kam. Trotzdem hat es der Vorstand des hiesigen Zweigvereins des Bauarbeiterverbandes fertig gebracht, in seiner Generalversammlung am 12. November folgendes zu berichten. Wir zitieren aus dem Bericht des „Vorwärts“ vom 15. November 1905.

„Ferner berichtet Heidemann über die am 7. November getroffene Vereinbarung zur Schlichtung der Grenzstreitigkeiten mit der Sektion der Gips- und Zementbranche des Bauarbeiterverbandes. Auf Grund des betreffenden Kartellvertrages wurde vereinbart, daß mit Beginn des Jahres 1906 diejenigen Mitglieder der Bauarbeitersektion, die mit der Zubereitung und dem Transport des Materials beschäftigt sind, ohne Eintrittsgeld in den Bauhilfsarbeiterverband übertraten. Bedingung ist, daß sie ihre Beiträge voll bezahlt haben. Mitglieder des Bauhilfsarbeiterverbandes, die ihrer Beschäftigung nach dem Bauarbeiterverband angehören sollten, treten unter denselben Bedingungen in diesen Verband über. — Den Mitgliedern des Bauhilfsarbeiterverbandes wird alles Nähere über diese Angelegenheit durch Rundschreiben mitgeteilt.“

Durch diesen Bericht haben nun die Mitglieder unserer Sektion, ohne daß sie von ihrem Vorstand in der Sache unterrichtet waren, erfahren, daß sie verdrängert worden sind, ohne vorher befragt zu werden. Die Empörung der Versammlung der Funktionäre über ein derartiges Verhalten des Vorstandes der Bauarbeiter, war selbstverständlich groß. Die Diskussion über dieses Verhalten und über den Bericht des Sektionsvorstandes, führten zur einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Die heute, den 15. November 1905, tagende Sitzung der Funktionäre der Sektion der Gips- und Zementbranche nimmt Kenntnis von dem Bericht des Sektionsvorstandes über die Sitzungen vom 29. September und 7. November 1905, betreffend die Grenzstreitigkeiten mit dem Verband der Bauarbeiter, Zweigverein Berlin. Die Sitzung bezieht das Verhalten und die Stellungnahme der Mitglieder des Sektionsvorstandes in den beiden Sitzungen für falsch und den Bestrebungen unserer Organisation für fester. Die Sitzung kann sich jedoch mit dem zur Sache vom Kollegen Wölmberg als Vertreter des Hauptvorstandes eingenommenen Standpunkt nicht befassen und nicht einverstanden erklären. Die Anwesenden sind sich klar, daß dem Wortlaut des § 3 Abs. 2 des zwischen den beiden Verbänden bestehenden Kartellvertrages entsprechend, die Forderungen des Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Berlin, berechtigt und der Standpunkt des Kollegen Wölmberg hierzu richtig ist; sie sind jedoch der Meinung, daß, wenn den Sitzungen der in der Sitzung vom 7. November 1905 „formulierten“ Uebertrittsbedingungen seitens unserer Sektion stattgegeben wird, eine schwere Schädigung für die Sektion und der zum Uebertritt in den Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin, bestimmten Kollegen entsteht. Des weiteren verurteilt die Sitzung die Handlungsweise des hiesigen Zweigvereinsvorstandes des Bauarbeiterverbandes, der laut Bericht des „Vorwärts“ vom 15. November 1905 in einer Versammlung des Verbandes der Bauarbeiter, Zweigverein Berlin, am 12. November 1905 die in der Sitzung vom 7. November 1905 „formulierten“ Uebertrittsbedingungen bekannt gegeben hat. Da in der Sitzung vom 7. November auf Veranlassung unseres Sektionsvorstandes, der erklärte, er könne sich in keiner Weise schon heute durch irgendwelche Beschlüsse binden lassen, Beschlüsse nicht gefaßt worden sind. Da weiter in derselben Sitzung von unseren Vertretern bestimmt erklärt worden ist, sie können für den vorgelegten Uebertrittsbedingungen, hauptsächlich für den ersten Absatz, nicht stimmen, ohne vorher die Funktionäre der Sektion be-

fragt zu haben, da endlich in dieser Sitzung alle Beteiligten darin einig waren, daß den zum Uebertritt ausserordentlichen Kollegen Gelegenheit gegeben werden muß, in einer von unserer Sektion einberufenen Versammlung, an der auch die Vertreter der Hauptvorstände der beiden Verbände teilnehmen sollen, in der Sache zu urteilen und zu beschließen, ist das Verhalten des hiesigen Zweigvereinsvorstandes des Verbandes der Bauarbeiter in der Versammlung vom 12. November unerbötlich. Die Sitzung ist sich klar, daß, wenn aus diesem Verhalten des Vorstandes unabsehbare Differenzen und schwere Schädigungen für die in der Sache in Frage kommenden Kollegen und für die Sektion der Gips- und Zementbranche überhaupt entstehen, dieser Vorstand allein die Schuld trägt. Die heutige Sitzung hält aber, trotz des Verhaltens des Vorstandes des hiesigen Zweigvereins des Verbandes der Bauarbeiter, an dem in der Sitzung vom 7. November 1905 von unserem Sektionsvorstand gemachten Vorschlag: daß eine Versammlung von unserer Sektion einberufen wird, in der allen bei dem Uebertritt in Frage kommenden Kollegen Gelegenheit gegeben wird, in der Angelegenheit zu urteilen und zu entscheiden, fest.“

Brieg. Wie vertragsgeliebend die hiesigen Unternehmer sind, zeigt wiederum ein Beispiel. Als die Maurer durch einen Zwischdicken schweren Kampf, der große Verdopplung kostete, die Unternehmer zwangen, einen Vertrag abzuschließen, wurde von den Unternehmern versichert, sie würden jederzeit den Vertrag halten, sie würden aber auch, daß die Maurer den Vertrag nicht brechen möchten. Die Vertreter der Arbeiter erklärten damals, sie würden jederzeit auf Ordnung halten, bezweifelten aber gleich die Ehrlichkeit der Unternehmer. Kaum sind nun einige Wochen verstrichen, so laugen die Unternehmer an, den Vertrag zu umgehen. Zum Beispiel soll (laut Vertrag) vom 15. November bis 15. Januar sieben Stunden mit einer halbtägigen Frühstückspause und einer einhalbstündigen Mittagspause gearbeitet werden. Dies scheint den Herren nicht zu passen, denn die Arbeitszeit wird, wenn irgend möglich, verlängert; wollen doch die Unternehmer ihren Gewinn, der durch den Streik ziemlich dünn geworden ist, wieder schnell füllen. Als die Lohnkommission beim Vorstand des Arbeiterverbandes vorstellte, um die Wünsche zu beilegen, erklärte Herr Galle, so scharf brauche man den Vertrag nicht zu nehmen. Als jedoch Kollege Kramer ihn auf den Vertrag und die Unrichtigkeit der Unternehmer verwies, sagte es dem Herrn nicht, mußte sich aber damit abfinden, daß die Maurer nur nach dem Vertrage arbeiten. Daß die ständige Ausleitung zu den Unternehmern hält, beweist folgender Fall: Als am Freitag Kramer nach dem Wasserwerk in Gersdorf fuhr, um dort Differenzen zu schlichten, wurde er gewarnt, daß dort 8½ statt 7 Stunden gearbeitet wurde. Als Kramer diesbezügliche Einwendungen machte, wurde er vom Maurer Viktorius vom Bau verwiesen. Als jedoch Kramer ihn auf den Vertrag verwies, wozu er auf jeder Baustelle Zutritt habe, wurde dieser Herr über eine solche Frechheit so erbost, daß Kramer trotz seines Protestes den Vorlaß verlassen mußte. Daran konnte ihn jedoch niemand hindern, daß er sämtliche Maurer aus der Arbeitsstätte zusammenrufen ließ, um die Sache zum Herge des Vaurats und zur Freude der Arbeiter außerhalb des Hauses zu regeln. Die Maurer an diesem Bau haben an der Vertragsverletzung insofern schuld, als sie nicht sofort nach dem Vertrage gearbeitet haben. Die Unternehmer seien aber ernstlich gewarnt. Wollen sie den Vertrag nicht halten, und soll es gleich sein. Bei erster bester Gelegenheit werden sich die Maurer jedoch einen neuen schaffen, wobei die Unternehmer nicht ohne nochmalige Lohnerhöhung davon kommen.

Bünde i. W. Freitag, den 10. November, tagte hier eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Die nächstjährige Lohnforderung.“ Kollege Larnfort als Ganovener war anwesend. Es war vorher in einer Vorstandssitzung beschlossen worden, den Lohn für das nächste Jahr auf 40 % pro Stunde festzusetzen. Dieser Beschluß wurde den Mitgliedern in der Versammlung unterbreitet und erklärten sich die Mitglieder auch damit einverstanden. Es wurde hierauf eine Kommission gewählt, die den Unternehmern unsere Forderung unterbreiten soll mit dem Ersuchen, uns bis zum 27. November eine Erklärung zu kommen zu lassen. Offenlich werden diese Herren sagen: „Es ist eine bescheidene Forderung, die ihr uns vorlegt, die bewilligen wir euch gern; denn ihr seid Jahrzehnte hindurch zufrieden gewesen mit dem, was wir euch gab.“ Aber nun, wo diese furchtbare Pleichol herrscht und der neue Bollarist seinen Einzug bald halten wird, verschließen auch wir unsere Herzen nicht und geben euch einen Lohn, mit dem ihr einigermassen zufrieden sein könnt.“ Sollte die Antwort jedoch anders ausfallen, was jedenfalls eher anzunehmen ist, dann müssen wir im nächsten Sommer, sobald die Zeit dazu da ist, andere Saiten aufspannen und versuchen, den Starfann der Unternehmer zu brechen. Dann müssen wir ihnen zeigen, daß wir Männer sind, die einen Willen und Charakter haben. Ja, dann werden auch die Bänder Maurer sich Achtung verschaffen. Jedenfalls werden die Unternehmer uns nicht beneiden können, sie könnten den Lohn nicht zahlen, da die Firma A. Siemann doch schon seit längeren Jahren 40 % zahlt an die Kollegen, die von auswärts kommen. Mühen wir nicht das gleiche leisten, ja, noch mehr! Warum bekommen wir den Lohn denn nicht? Weil wir sehr bescheidene Menschen sind. Macht euch auf, Kollegen, die ihr nur 30 % bekommt, und denkt nicht, die Forderung ist zu hoch! Auch ihr könnt einen höheren Lohn brauchen, dann haben eure Weiber es nicht nötig, des Nachts bis 12 Uhr hinter dem Zigarrenstisch zu sitzen und zu arbeiten. Dann können auch sie ein paar Stunden eher Feierabend machen und diese Stunden ihren Kindern widmen. Die geht Maurer, die sich uns noch nicht angeschlossen haben, zeigen keine Bäume aus der Erde; hoffentlich schließen sie sich uns noch an.

Chemnitz. Mittwoch, den 15. November, tagte im Restaurant „Hoffnung“ eine öffentliche Maurerversammlung, wo Kollege Oeder über den Gewerkschaftsfrage in Geln referierte. Am Schlusse seines Vortrages wies er darauf hin, daß endlich einmal auch die Chemnitzer Maurer mehr Interesse in die Einzelheiten zeigen sollten. Einzelne führte zum Ziel. Mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung schloß er seinen Vortrag ab. Im Sinne des Referenten sprachen noch einige Kollegen, worauf folgende Resolution aus-

genommen wurde: „Die heute in der „Hoffnung“ tagende öffentliche Mauererversammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Gewerkschaftsorgans und erweist dieselben für sich als bindend an. Vornehmlich ist sie für die Durchführung der Resolution, betreffend die Organisation der Frauen und Töchter der organisierten Arbeiter und berichtigt, dem besser als bisher nachzukommen. Hierfür wurde Kollege Graubner als Kartellbeauftragter gewählt. Der Antrag des Kollegen Frick, einen Vortrag über Gewerkschaft, Sozialdemokratie und Wirtschaft zu hören, fand Annahme. Die Vorträge wurden abgehalten auf 9 Uhr Abends. Erwähnt wurden die Kollegen zum Einhalten der einständigen Mittagspause. Zum Schluss wurde noch auf die rege Verbringung der Bibliothek und auf das Abonnement der Arbeiterpresse aufmerksam gemacht.

Döbeln. Am 6. November fand hier im Saale der „Mühlenterrasse“ eine öffentliche Mauererversammlung statt, die von ungefähr 130 Kollegen besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Ermittlung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1906“, übernahm Kollege Wertheim als Vorsitz die Einleitung. Er führte aus: „In den Wünschen der Unternehmer gerecht zu werden, sei es notwendig, die Lohnforderung für nächstes Jahr diesen Herbst zu stellen. Kollege Wertheim wies ferner darauf hin, wie notwendig es ist, unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, indem die Lebenshaltung immer teurer wird und immer mehr Ansprüche an uns gestellt werden. Nach längerer Debatte wurde der Antrag gestellt, eine Kommission zu wählen und für das nächste Jahr 25 % pro Stunde zu fordern. Es wurde dann eine Kommission von vier Mann gewählt. Sie erhielt den Auftrag, den Unternehmern die Forderung zu unterbreiten und mit ihnen in Unterhandlung zu treten.

Dortmund. Am 15. November hielt der Zweigverein im „Vierwald“ seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte der Vorsitzende bekannt, daß der Kollege Karl Mühlner durch Unglücksfall zu Tode gekommen ist; er war ein eifriges Mitglied. Die Kollegen wurden ersucht, sich jährlich an der Verbringung zu beteiligen. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Alsdann nahm zum Punkt „Gewerkschaftliches“ Kollege Rahl das Wort. Er wies darauf hin, wie sich die fremden Kollegen, die zum Winter in ihre Heimat zurückzuziehen, zu verhalten haben. Da in der Heimat der abziehenden Kollegen dieselben „christliche“ Organisationen befänden und diese den Versuch machen würden, unsere Kollegen zu sich hinüber zu ziehen, so wurden sie zur Standhaftigkeit ermahnt. Die langen Winterabende seien recht geeignet zur Fortbildung. Die Kollegen müßten recht eifrig dabei sein, sich Bildung und Wissenschaft anzueignen, indem sie die „Grundstein“ mit Eifer studierten. Des Weiteren wurde das Buch „Arbeit und Kultur“ warm empfohlen. Die Anschaffung dieses Buchs wird jedem Kollegen, der grüßlich ist, sein Wissen zu bereichern, ja er ist die Grundlage dafür zu schaffen, in seinem eigenen Interesse zur Pflicht gemacht. Des Weiteren wurden die Kollegen ersucht, in ihrer Heimat eifrig zu agitieren, damit der Zentralverband der Mauerer Deutschlands immer mehr Fuß fassen, und die Löhne auch dort in die Höhe gebracht werden und die Kollegen nicht immer fern von ihrer Familie der Arbeit nachgehen müssen, sondern auch in der Heimat auskömmliche Löhne bekommen. Es wurde den Kollegen freigestellt, mit dem Zweigverein Dortmund in fester Verbindung zu bleiben, um zu wissen, wie es mit der Arbeit läßt. In Punkt 2 machte der Kollege Gerhard als Mitglied der Vergütungskommission bekannt, daß wir das Einweihungsstück unseres Lokals am 10. Dezember feiern wollen und daß hierfür zum Preise von 50 % auszugeben werden. Sodann wurden die Kollegen ersucht, sich eines anständigen Verhaltens nach dem Orte zu befleißigen. In Punkt 3 wurde an Stelle des verstorbenen Kollegen Mühlner der Kollege Lautenbach als „Grundstein“-Schriftleiter gewählt. In Punkt 4 wurden die Kollegen ersucht, nicht in Wirtschaften zu verkehren, wo die Arbeiterinteressen nicht vertreten werden. Da jetzt ein laubendes und geräuschiges Gewerkschaftsband vorhanden ist, wo sich ein jeder hinein lassen kann, so möchten sich die Kollegen auch dort aufhalten. Denn es sei recht und billig, daß wir auch dort verkehren, wo wir unsere Versammlungen abhalten. Nachdem noch auf die kommende Statutenversammlung hingewiesen worden war, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Quilburg. Samstag, den 18. d. M., fand die regelmäßige Mitgliederversammlung unter der Vereinsleitung statt. Zum 1. Punkt erläuterte Kollege Paul den Kartellbericht. Er bemerkte, daß die Kartellstelle noch einen Bestand von 815 aufzuweisen hat und bewußte, daß die unregelmäßige Beitragszahlung der Mauerer, der Kollege Wehling, von dem man gewohnt ist, daß er die Kollegen mit allerlei Kosenamen bezieht, griff auch wieder den Vorstand in gefährlicher und irreführender Weise an und betitelte ihn als Kassenkassierer und Schatzkammer. Der Kollege Janzen wies zurecht, daß es der Verwaltung nicht möglich gewesen ist, den Beitrag von 1.80 pro Quartal an das Kartell abzugeben. Wehling griff den Vorstand abermals an und bezeichnete die von ihm in Vorhinein getragenen Diskussionsabende in abiprender Weise. Rannacher unternahm es, der Kollege Ramin unter dem Beifall der Versammlung mit Wehling abzurechnen. Er wies die Bemerkungen im Namen des Vorstandes zurück und bemerkte, daß alle Titulationen auf Wehling selbst zurückfallen, denn seit Jahren sei er (Wehling) als Quereimer in fast allen Versammlungen den Mitgliedern wohl bekannt. Auf Antrag wurde die Diskussion über den Kartellbericht geschlossen und ein Antrag angenommen, daß beide Vorstände sich über die zu leistenden Beiträge verständigen sollen. Darauf hielt Genosse Wehling einen Vortrag. Er betrat die Lohnkämpfe der Vergangenheit, besonders den großen Berliner Metallarbeiterkampf und die Weberstreikperrung. Ueberall hätten wir zu verzeichnen, daß die sogenannten Christlichen Streikbrecher werden. In Saale habe sich eine Organisation der Christlichen gegründet und sich den Unternehmern in wohlwollender Erinnerung gebracht, indem sie sich den Kampf gegen die Sozialdemokratie zum Ziele setzten. Unter welchem Beifall Kollege Redner seine Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Zum Schluss machte der Vorsitzende noch auf die jeden Dienstag stattfindenden Diskussionsabende aufmerksam und forderte die Kollegen auf, recht zahlreich daran teilzunehmen.

Stöda i. S. Am Sonntag, den 12. November, tagte hier im „Vahlsch“ zum goldenen Löhnen eine öffentliche Mauererversammlung. Kollege Koch aus Leipzig referierte über: „Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe“. In einem

zitzta 14stündigen Vortrage beleuchtete er die heutige Produktionsweise bezog. die Umwälzungen im Baugewerbe. An der Hand zahlreicher statistischer Beispiele führte er der Versammlung vor Augen, in welcher gedrückter Lage sich der Mauerer, der Bauarbeiter, ja, überhaupt der schaffende Arbeiter befindet, und unter welchen abnormen Verhältnissen er jetzt sein Dasein fristen muß. Der überaus reichhaltige Beifall am Schluß der Ausführungen bewies, daß der Redner aus dem Herzen aller gesprochen hatte. In der Diskussion beteiligten sich nur vier Personen, nämlich im Sinne des Referenten. Von den in größerer Anzahl anwesenden Arbeitern anderer Verufe ließ sich ein bedeutender Teil nach Schluß der Versammlung in ihre Organisation aufnehmen.

Frankenberg i. S. Am 11. November tagte im Saale des „Stadtparcs“ eine öffentliche Mauererversammlung. Zunächst widmete der Vorsitzende, Kollege Hahn, dem verstorbenen Mitstreiter Hugo Würd, Vertrauensmann der Mauerer, einige Worte des Dankes für seine Aufopferung im vergangenen Mauererkrieg. Die Anwesenden ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Darauf erhielt Kollege Koch aus Leipzig das Wort zum Vortrage über: „Die wirtschaftliche Lage der Mauerer und ihre Stellung durch die Organisation“. In seinem Referate schilderte er die Steigerung der Preise der notwendigen Nahrungsmittel. Durch Statistik wies er nach, daß die Löhne der Mauerer nicht ausreichen, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Es sei nur möglich, die Lebenslage der Mauerer zu verbessern, wenn sie fest zusammenstünden, wie es sich für organisierte Arbeiter gehöre. In kurzen Zügen skizzierte Redner noch den vergangenen Mauererkrieg und ermahnte die Kollegen, ja auf der Hut zu sein, wenn die Unternehmer ihr Versprechen nicht hielten. Meider Beifall lohnte den Kollegen für seine trefflichen Ausführungen. Darauf gab der Vertrauensmann den Kartellbericht, woraus hervorging, daß die Mitgliederzahl stetig wuchs und auch die Einnahmen stiegen, trotzdem die Unternehmer alle möglichen Tricks anwandten, um die Mauerer dem Verbanne abzurufen zu machen. Dann gab der Vertrauensmann noch bekannt, daß ein Schreiben an den Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes gesandt worden sei, in dem die Mauerer aufforderte, die fortwährend steigende Mauerer entlassen und dafür Ausländer und Nichtsteuerzahler auf städtischen Bauten eingestellt würden. Nach einem fröhlichen Schlußwort des Kollegen Koch, in dem er die Mauerer aufforderte, die in nächster Zeit stattfindende Preisversammlung zahlreich zu besuchen und die „Vollstimme“ zu abonnieren, wurde mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband der Mauerer die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Guben. Am 8. November fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war: „Befestigung unserer Lohnforderung“. Nach vorangegangener Kündigung des alten Arbeitsvertrages wurde von den Vorstandsmitgliedern ein neuer Vertrag ausgearbeitet, der den Kollegen in der Versammlung vom Vorsitzenden vorgelesen wurde. Alsdann wurde über jeden Paragraphen einzeln diskutiert. Der neue Vertrag wurde für gut befunden. Es wurde dann beschlossen, die neuen Forderungen den Unternehmern zuzugestehen. Alsdann erläuterte der Kassierer Abraham den Kassenbericht vom dritten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 1.805,85, die Ausgabe 413,17. In die Hauptkasse wurden eingekassiert 1.432,08. Die Einnahme der Nebenkasse betrug 434,52, die Ausgabe 224,54. Bestand 209,98. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des dritten Quartals 393. Die Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt. Dem Kassierer wurde Befragte erteilt. Da dieses Jahr viele Beschwerden an den Vorstand eingegangen waren betreffend der Unterlassung wegen Austragung des „Grundstein“ und der Karten, so wurde vom Vorsitzenden der Wunsch laut, daß sich bis zur nächsten Versammlung Kollegen als Unterlassiger melden möchten, die gute Arbeit leisten. Auch wurden die Kollegen ermahnt, bis Jahreschluß ihre Bücher in Ordnung zu bringen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Mauerer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Geißbromm. Am 13. November tagte hier eine öffentliche Mauererversammlung in der Kollege Werckel-Nürnberg über die Lohnkämpfe im Baugewerbe referierte. Die Kollegen von Großhansbach waren samt und sonders erschienen, und machten wir auch die Geißbrommer, Neuenbittelbauer, Bruckberger und Petersauer Kollegen erluden, sich an den allgemeinen Mitglieder-versammlungen mehr zu beteiligen, besonders die Kollegen von Neuenbittelbau, die immer viel zu kämpfen haben mit der Geißlichkeit und den Unternehmern, sollten erscheinen, um die Herren Ausbeuter und Unterdrücker mit Wort und Geist bekämpfen zu können.

Stöckheim. Sonnabend, den 11. November, tagte hier im Gewerkschaftshaus eine große öffentliche Versammlung, in der Kollege Giffing-Samburg über „Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen Kämpfe“ referierte. Redner entlegte sich seiner Aufgabe in einem etwa anderthalbstündigen Vortrage in vortrefflicher Weise. Er führte den Kollegen die Zustände aus den früheren Zeiten und jetzt in fesselnder Weise vor Augen und erläuterte die Arbeiterbewegung der vier Jahre. Er wies darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit zur Erringung besserer wirtschaftlicher Zustände schon vor hundert Jahren bei den Rüstern Brauch gewesen sei. Ferner führte er uns die Massenaufrührungen vor Augen, die von dem Unternehmertum vorgenommen werden, um die Massen der Arbeiter zu erschöpfen. Weiter wies der Referent darauf hin, daß wir durch die Preisnot naturgemäß gezwungen seien, höhere Löhne zu fordern, um in der Lage zu sein, unser Leben fristen zu können. Zum Schluß sprach sich der Kollege gegen die christlichen Gewerkschaften aus, indem er ausführte, daß zur Besserung der wirtschaftlichen Lage die Religion nicht in Frage käme und somit auch nur in einer freien Gewerkschaft das erreicht werden kann, was dem Arbeiter zum Wohle und zum Nutzen gereichen wird. Meider Beifall lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen.

Leider war die Versammlung nur von etwa 70 Kollegen besucht, dies ist ein Beweis von großer Laubheit der Kollegen. Da eine Lohnbewegung vor der Tür steht, wäre es doppelt wichtig, die Kollegen, mehr als je in den Versammlungen zu erscheinen, um schon dadurch den Unternehmern am Orte zu zeigen, daß wir hier gerüstet sind und ständig den Kampfplatz besetzt halten. Die Durchberatung des nächstjährigen Lohnkämpfes mußte wegen des schwachen Besuchs für die nächste öffentliche Versammlung zurückgestellt werden.

Niel. Mitgliederversammlung vom 15. November. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Wahl von drei „Grundstein“-Verbreitern. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Gegen die Abrechnung wurden keine Einwendungen erhoben. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zu „Grundstein“-Verbreitern wurden die Kollegen Baach, Gieschen und Hoff gewählt. Dann gab Kollege Brodhahn bekannt, daß sich der Vorstand gezwungen gefühlt habe, den Kollegen Herberich und Gude die Unterstützung zu entziehen, weil ihnen als ledige Kollegen Arbeit nachgewiesen wurde, sie aber nicht abgerufen sind. Die Beschwerde Gude beim Verbandsvorstand ist dort abgewiesen worden. Auf die Beschwerde Herberich ist vom Vorstand eine Nachricht noch nicht eingetroffen. — Von Statrat Thobe ist ein Schreiben eingegangen, worin um die schnelle Wahl einer Schlichtungskommission ersucht wurde, da von beiden Seiten Beschwerden eingegangen wären. Gewählt wurden Brodhahn und Weiß und als Erlösungsmann Vortrop. Weiter wurde zur Sprache gebracht, daß bei der Arbeitsaufnahme von einigen Unternehmern grobe Verhältnisse gegen den Kolonnenrat vorgekommen seien. Im Vertrag steht ausdrücklich: Wahrgeregungen dürfen unter keinen Umständen stattfinden. Man sollte nun doch meinen, dies hätten sich die Herren Meister zur Notz genommen, aber weil geschickt; dieses beweisen so recht die Unternehmern Schlen und Popp & Großtopp. Als bei Schlen keine alten Leute um Arbeit anfragten, wurde ihnen die höhnische Antwort zu teil: „Wir brauchen keine Mauerer.“ Dabei ludte er am anderen Tage durch Annonce im „General-Anzeiger“ „Sofort tüchtige Mauerer“. Alles übertrumpft hat aber der Unternehmer Großtopp, indem er seinen eigenen Bruder maßregelte. Diefem wurde die Antwort zu teil: Als Giesche kamst Du wieder anfangen, aber als Voller nicht. Dieser Unternehmer war es auch, der während der Aus-sperrung einen Streik gegen seine beiden Brüder erteilte und sie wie gemeine Verbrecher von Ort zu Ort verfolgen ließ. Kolonnenrat hat er mehrfach erzählt: „Ich will meinem Bruder das Arbeiten hier in Niel nicht unmöglich machen.“ Der Unternehmer Rohwedder hatte den Kollegen ein Schriftstück vorgelegt, wonach der § 16 des Bürgerlichen Gesetzbuches keine Anwendung finden sollte. Dies hat er jedoch auf Veranlassung des Vorstandes zurückgenommen. Weiterhin wies Kollege Brodhahn ganz entschieden die Beschuldigung zurück, die ihnen von Seiten der Unternehmern gemacht wird, er halte die Mauerer von Niel fern. Wenn einzelne Unternehmern keine Mauerer kriegen können, so haben sie sich das selbst zuzurechnen. (Entfremt man erst mal die brüderlichen Hausfriedensbruchs-Paragraphen, die auf großen Plakaten an euren Bauten drangen, dann bekommt ihr auch Mauerer. Man muß sich ja gefast machen, wenn man auf den Bauten um Arbeit nachfragt, und ihr seid nicht gut bei Laune, oder ein „arbeitswilliger“ Polter ist dort tätig, daß man einfach wegen Hausfriedensbruchs verhaftet wird, und nach dem Kontor hinhinget und um Arbeit zu betteln, das sind die Mauerer nicht gewohnt. Anmerkung des Schriftl.) Die Herren Meister hatten sogar den ganzen Tag den Vahnhof besetzt. Dieses Vorgehen wurde in der Diskussion scharf gerügt. Es wurden Stimmen laut, über solche Unternehmern die Sperre zu verhängen. Scharf gerügt wurde auch das Verhalten der zugerufenen Kollegen, die, ohne sich beim Vorstand zu melden, einfach Arbeit annehmen und mithin dem Vorstande jegliche Kontrolle unmöglich machen. Ferner wurden die Kollegen aufgefordert, überall sofort Wandelzettel zu erneuern. Zum Schluß kamen noch einige Mißstände zur Sprache, a. B. daß die Kollegen nicht die richtige Arbeitszeit innehalten. Der Vorsitzende versprach, die Sache sofort zu untersuchen. Darauf erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Nachschiff. Soreben erhält Kollege Brodhahn ein Schreiben von der Innung, worin sie mitteilt, daß sie einstimmig beschlossen hat, ihm, Brodhahn, das Betreten der Baustelle zu verbieten.

Kiffingen. Am 11. Oktober fand hier im Lokale des Herrn Vierberich zu Bad Kiffingen eine gut besuchte Versammlung statt, in der beschlossen wurde, den Unternehmern eine Lohnforderung zu unterbreiten. Als Referent war Hauptreferent Werckel-Nürnberg erschienen. Es werden gefordert: 1. 40 % Stundenlohn. 2. In jedem Samstag soll um 5 Uhr Feierabend sein, jedoch ohne Lohnabzug. 3. In hohen Festtagen soll um 4 Uhr Feierabend sein, ohne Lohnabzug. 4. Ueberstunden sollen nicht anders als nur in bringenden Fällen gemacht werden, und sollen mit 10 % z. B. Nachts, Sonntags- und Feiertagsarbeiten mit 20 % z. B. Zuschlag bezahlt werden. 5. Alfordarbeit ist verboten. 6. Wahrgeregungen sollen nicht stattfinden. 7. Die Lohnzahlung soll vor Feierabend stattfinden. Ferner wurden die Unternehmern ersucht, bis längstens 22. Oktober Antwort zu erteilen. Aber die Herren Unternehmern hatten bis zum 22. Oktober nichts von sich hören lassen. Nun fand am 21. Oktober wieder eine Versammlung statt, in der beschlossen wurde, die Unternehmern durch Herrn Bürgermeister Ruch auf das Vermittlungsamt zu laden, was dann auch geschehen ist. Die Unterhandlung fand am 8. November statt. Von den Unternehmern waren zwei erschienen: Giesinger und Gergentöder. Aber zu einer Einigung konnte es nicht kommen, da die Unternehmern recht wohl wissen, daß der hiesige Zweigverein noch sehr schwach ist, und schon viele Mauerer von Kimpfen in Kiffingen arbeiten. Bewilligt wurde nichts. Sie glauben, jetzt nicht bewilligen zu können, da die Arbeiter schon alle abberufen wären. Im Juli nächsten Jahres solle man wieder eine Lohnforderung an sie schicken, dann können sie was bewilligen. Am 8. November tagte dann wieder eine Versammlung, in der die Berichtserstattung von der Lohnkommission erfolgte. Aber die Versammlung war schlecht besucht, und da der Zweigverein recht schwach ist, so mußte man von einem Streit absehen. Es wurde jedoch beschlossen, in der ganzen Umgegend Versammlungen abzu-

Wiesbaden. Zu dem Artikel in Nr. 45 des „Grundstein“ betreffs der Arbeit an den Kanalfäulen in Wiesbaden und zu der Verichtigung der Zahlstelle Langen in Nr. 46 einige Zeilen: Von Wiesbadener Kollegen wird Arbeit grundförmig nicht ausgeführt, weil die Arbeit mit dem Prinzip des Verbandes sich nicht vereinbaren lässt. Nun kommen die Kollegen von Langen und wollen eine größere Kanalarbeit in Afford ausführen (was die Wiesbadener Kollegen vorher abgelehnt hatten). Nur gegen dieses Vorhaben wendet sich der Artikelsschreiber in Nr. 45 hauptsächlich, während in der Verichtigung in Nr. 46 das Hauptargument darin liegt, daß die Wiesbadener Kollegen um 15 % die Stunde billiger arbeiten. Nun, Kollegen von Langen, wir wollen der Wahrheit die Ehre geben. Ist die niedrigere Entlohnung der Wiesbadener Kollegen nicht Euer Nachteil? Fürchtet Ihr nicht, daß der Affordüberschuß, der nur in Eurer Tasche fließt, nicht so hoch ausfallen würde, wenn die Wiesbadener Kollegen denselben Lohn erhalten würden? Diese Frage hätte der Artikelsschreiber in Nr. 46 des „Grundstein“ nur offen bejahen sollen. Das wäre besser gewesen, als sich um die Wahrheit herumzubringen. Auch mit ihrer Solidarität können die Langener Kollegen nicht prahlen. Denn es dürfte ihnen sehr wohl bekannt sein, daß die Affordarbeit von Wiesbadener Kollegen abgelehnt und dafür ein Stundenlohn von 70 % im Tagelohn gefordert wurde, der auch in diesem Sommer von der Firma H. Goldmann an die Langener Kollegen gezahlt worden ist. (Wenigstens muß ich dieses annehmen nach dem Feststellungsformular, das im Monat August von dem Bauvertrauensmann, Kollegen Valentin Reer aus Langen, eingekauft wurde. Nach der Verichtigung in Nr. 46 beruhen auch diese Angaben auf Unwahrheit.) Auch kann ich es nicht als Billigkeit der Solidarität anerkennen, wenn die Langener Kollegen zum Schein Abends 6 Uhr von der Baustelle gehen, um nach dem Abendessen wieder dorthin zurückzugehen und noch 2 bis 4 Stunden arbeiten. Auf welcher Seite die Solidarität gelbt wird, kann jeder Leser leicht herausfinden. Eins steht für mich fest: Wenn die Wiesbadener Kollegen ihre Pflicht dem Verband gegenüber so aufpassen würden wie die Langener Kollegen, könnten sie ebenso gut in Afford arbeiten; sie brauchten sich dann nicht von auswärtigen Verbandsmittgliedern ausbeuten und hinterher noch verhöhnen zu lassen.

Wilhelm Schmidt.

— Sonntag, den 12. November, tagte im Saale der „Concordia“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung machte der Vorsitzende das Resultat der Stabsleiterwahlen bekannt und bedauerte aufs lebhafteste, daß von circa 180 wahlberechtigten Kollegen 88 ihr Wahlrecht nicht ausgeübt und zwei sogar unseren Gegnern ihre Stimme gegeben haben. Dies konnte aber hauptsächlich daher, daß die Kollegen die Versammlungen nicht besuchen, wo sie aufgeführt werden über die miserablen Verhältnisse in der Weltkur Wiesbaden. Wenn man bedenkt, daß nur wenige Stimmen an der absoluten Majorität fehlten, so ist der Ausfall der Wahl für uns ein bedauerndes Zeugnis den anderen Gewerkschaften gegenüber. Die Stichwahlen finden am 4. und 5. Dezember statt; mögen die Kollegen, die es bei der Hauptwahl versäumt haben, ihr Recht auszuüben, an diesen Tagen das Versäumte nachholen und ihre Stimmen nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie, als einzig wahre Arbeiterpartei, zufommen lassen. Im zweiten Punkt wurde Kollege Wolbrich als Redner gewählt. Ferner beschloß sich die Versammlung mit der Anschaffung des Buches „Arbeit und Kultur“. Es wurde bekannt gegeben, daß der Zweigvereinsfonds 60 % für jedes Mitglied, das sich das Buch anschafft, aus der Zweigvereinskasse bewilligt habe. Aus der Versammlung wurde der Antrag gestellt, 25 % aus dem Vergütungsfonds noch hinzuzulegen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, so daß die Mitglieder der Zahlstelle Wiesbaden das Buch für 75 % erhalten. Sämtliche anwesende Kollegen erklärten sich durch Unterschrift bereit, das Buch zu kaufen; mögen auch die Nichtversammlungsbesucher das Buch bei den „Grundstein“-Trägern bestellen. Die Kollegen wurden aufgefordert, mehr als bisher die Bibliothek der Zahlstelle Wiesbaden zu leihen, um ihr Wissen zu bereichern. Die Bücher werden jedesmal nach Schluß der Versammlung ausgeteilt. Es wurde ferner beschlossen, mit der Hausagitation in kürzester Zeit zu beginnen, um die uns noch Fernstehenden wieder in den Verband herein zu bringen. Ferner wurde der jährliche Versammlungsbeitrag gerät, von 280 Mitgliedern sind demnach 80 bis 85 anzuwenden, und meist sind es immer ein und dieselben. Wie mit dem Versammlungsbeitrag, so steht es auch auf dem Baustellen aus, die Kollegen bestimmen sich nicht an die Organisation, sie lassen alles gehen, wie es eben geht; selten, daß man in Wiesbaden noch eine Baustelle trifft, wo ein Baubereitschaftsmann ist und wo die Häuser revidiert werden. Bäre an jedem Bau ein Vertrauensmann und wären die Kollegen unter sich einig, dann wären wahrscheinlich alle Kollegen im Verband, und mit den Mißständen könnte gründlich aufgeräumt werden. Aber die Kollegen bestimmen sich um nichts, besuchen keine Versammlungen, und wenn man sie dazu anfäh, sagen sie, bis 1908, wo unser Vertrag abläuft, ist es noch lange, und wenn es gilt, sind wir da. — Kollegen, wir wollen aber nicht warten bis unser Vertrag abläuft, bis uns die Unternehmer den Stuhl vor die Tür legen und wir uns dann wieder mit dem weiten begnügen müssen, was bei der Auspörrung im Mainung herausgegrungen ist, wo wir in Wiesbaden am schlechtesten abgeschnitten haben. Es gilt jetzt, beizugehen dafür zu sorgen, daß die unorganisierten Kollegen in Wiesbaden verschwinden, damit wir dem Unternehmern 1908 eine flache und gut ausgearbeitete Organisation gegenüberstellen können. Nur dann werden wir bessere Erfolge erzielen. Dazu gehört auch der Versammlungsbeitrag. Kollegen, legt Eure Gleichgültigkeit endlich einmal ab und erachtet Mann für Mann in den Versammlungen, um die Mißstände, die in Wiesbaden herrschen, endlich einmal beseitigen zu helfen. — Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß die nächste Versammlung am 26. November, Morgens 10 Uhr, im „Concordia-Saale“ stattfindet. Er sprach auch die Erwartung aus, daß sich die Kollegen zahlreich an der Hausagitation beteiligen. Hierauf erfolgte Schluß der schlecht besuchten Versammlung.

Ein Kampf mit den „Schwarzen“ im Ohmthal.

Nieder mit den „roten“ Verbändlern mit Gültigkeit der Grundsätze! hieß es vor einigen Jahren, und so heißt es noch heute in Marburg und Umgebung. Und es erwiderte anfänglich sogar den Anschein, als wenn diese Parole ihre Wirkung nicht verfehlen sollte. In einigen Orten lösten sich unsere Zahlstellen auf, nachdem es gelungen war, fast die gesamte Bevölkerung gegen unsere Kollegen aufzuheben. Selbst vor den äußersten Mitteln ist man nicht zurückgeschreckt. Bis in die Familien hinein haben diese „toleranten“ Patentkassen die Verheerung getragen. In einem Ort wurde ein d. H. M. soll damals der Herr Pfarrer sogar einen Vierformers veranlassen haben, um die „Noten“ mit Haut und Haaren zu erkaufen.

Trotzdem nun in allen diesen Kampfmethoden gegen unsere Organisation der gewaltige Haufen herodotisch, der gegen jede freie Willkür, unabhängige Bewegung der Arbeiter sich wendet, hat der gefährliche — um nicht zu sagen tyrannische — Druck nicht sein Ziel zu erreichen vermocht. Unsere Organisation ist kräftiger denn je. Die Kollegen haben sich allmählich an diese Kämpfe gewöhnt und die Organisation beginnt siegreich vorwärts zu schreiten. Das Fortschreiten, selbst wenn Kugel und Blei schußig dabei zur Verwendung kommen, sowie das Töten und Töten hat immer nur bedingte Wirkungen; solche „Kultur“-Mittel im Kampf gegen die Arbeiterbewegung brechen sich sehr bald gegen die Angreifer.

Vor drei Wochen fand nun eine interessante Versammlung in der Umgebung in Dedenbach statt, in der wir mit den „Christlichen Brüdern“ wieder hart aneinander geraten sind. Beide Organisationen hatten Versammlungen in daselbe Lokal einberufen, aber das Lokal hatten nur wir vom Wirte gemietet. Es wäre nun Pflicht der Christlichen gewesen, als anfängliche Leute so lange zu warten, bis die Versammlung unsererseits begonnen hätte. Aber das gibt es nicht; eine Stunde früher wird begonnen, um auf Umwegen zu erreichen, was auf dem geraden Wege nicht erreichbar ist. Der „Christliche“ Redner aus Frankfurt hatte bereits eine Stunde geredet, als Kollege Hümmann und einige andere Kollegen von Marburg eintrafen. Als B. seine Rede beendet hatte, sprach Kollege Hümmann und betonte sehr scharf den Gegensatz zwischen der christlichen und unserer Organisation, und charakterisierte besonders scharf die Kampfweise, die die Christlichen in Marburg und Umgebung betreiben, wie auch bereits einleitend bemerkt. Nach Hümmann nahm Redner wieder das Wort, und so fort noch einige Stunden. Redner, der anfänglich meinte, mit dem „unehrlichen“ Hümmann nicht mehr diskutieren zu wollen, wollte immer noch weiter reden, so daß wir B. mit seinem Anhang, den er aus Marburg mit nach Dedenbach gebracht hatte, allein im Saale lassen mußten. Selbstverständlich gedrehte sich B. höchstlich empört über diese Behandlung. — Der Erfolg des Tages war, daß wir 13 neue Mitglieder für den Zweigverein Marburg neu gewonnen und außerdem noch ein Kollege aus der christlichen Organisation überlief. Die Schwarzen mußten trotz der ganzen unfauberen Wände mit letztem Bruch abziehen. Die Versammlung und der gute Geist unter den Kollegen dürfte dazu beitragen, daß unsere Organisation weitere Fortschritte macht im Ohmthal und in der sonstigen Umgebung von Marburg.

Bentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

Aufforderung.

Die Verwaltung derjenigen Verwaltungsstelle, in deren Bezirk das Mitglied Wilhelm Schröder, geboren den 25. Oktober 1880, Nummer des Mitgliedsbuches 32021, sich aufhält, wird ersucht, uns umgehend Mitteilung zu machen.

Der Vorstand.

S. A.: B. Themas, Vorsitzender.

In der Woche vom 12. bis 18. November fielen folgende Beiträge eingegangen: Von der brillanten Verwaltung in Charlottenburg 800, Breslau 400, München 300, Berlin 300, Neumünster 220, Brandenburg a. d. H. 200, Albershof 150, Wittenberg 100, Neubrandenburg 100, Wittenau (Dalldorf) 100, Walldorf 100, Wismar l. b. M. 50, Gersdorf 21. Summa 1.285.

Zusätzlich erhielten: Johannishof 1.200, Dobran 100, Arnstadt 100, Lahr l. Baden 100, Götting 100, Schweinitz (Ester) 75, Eggenstedt 60, Münster (Oberlahnstr.) 30. Summa 1.765.

Altona, den 18. November 1905.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschuß, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Aufzählung der Umstände und der übersehbaren Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschußbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Breslau. Der Maurer Ernst Staar war am 14. November auf der Baustelle des Unternehmers Just, Klosterstraße, mit Maurerarbeiten im Haus für ein circa 3 m hohes Bodengestühl beschäftigt. Hierbei glitt St. infolge Schritts aus, fiel hinab und schlug mit dem Kopf auf eine scharfe Kante, so daß der Verunglückte sofort die Bewußtlosigkeit verlor und in das nächste Krankenhaus geschafft werden mußte. Dort verstarb der Unglückliche noch in derselben Nacht an Gehirnverletzung, ohne daß Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Staar war 47 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe nebst fünf Kindern.

Caecil. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am 16. November am Ständehaus. Der Maurer Brandt war mit noch einem Kollegen auf einem acht bis zehn Meter hohen Gerüst beschäftigt, als es durch den Bruch eines Querbalkens plötzlich in sich zusammenstürzte und Brandt mit in die Tiefe riß, wobei er leider den Tod fand. Sein

Nebenkollege kletterte sich in der Not an ein vorstehendes Gefäß, von wo er erstbald gerettet werden konnte.

Düsseldorf. Am Neubau des Unternehmers Schmamm, Am Bechthofen, verunglückte am 16. November ein Hilfsarbeiter beim Transportieren eines Gussstücks. Der Stein kippte um, der auf der Seite stehende Arbeiter wollte sich durch einen Seitenprung retten, hatte aber hierbei das Unglück, mit einem Fuß in eine Öffnung zu fallen, mit dem anderen blieb er zwischen den Brettern der Brücke und des Gerüsts stecken und brach das Bein am Knöchel. Der Verunglückte wurde per Droschke nach dem Marienhospital geschafft. Ein Beamter, der mit zum Krankenhaus fuhr, trugte sich der Arbeiter, ob er auch Geld habe, die Droschke zu bezahlen. Ein Schuttmann sollte doch wissen, daß die Krankenkasse in diesem Falle die Droschke bezahlen muß. Selbst wenn das nicht der Fall wäre, so ist eine derartige Frage in einer solchen Lage nicht am Platz.

Schwiebus. Bei dem Anbau des katholischen Schweinefleischhauses, ausgeführt vom Baugeschäft von Joseph Blumhöf, verunglückte Sonnabend, den 11. November, Vormittags, der Maurerlehrling Ermler aus Wühlhof, indem er beim Einmessen des Fundamentes des von der Mauerung aus einer Höhe von 6 m herunterfiel und sich eine 7 cm lange Wunde am Kopf und eine Verletzung des Rückgrats zuzog. Schuld an dem Unglück ist die mangelhafte Abdeckung der Gerüste.

* Baueinführung in Epremberg. In der Friedrichstraße läßt die Firma Kiefer ihre Ziehlerie vergrößern. Am 14. November, früh 6 Uhr, stürzte daselbst ein Giebel von 20 Meter Länge und 8 Meter Höhe ein. Zum Glück erfolgte der Einsturz vor dem Beginne der Arbeit; eine Stunde später hätte er Menschenleben in Gefahr gebracht. An demselben Tage sollte der Bau gerichtet werden. Schuld an dem Einsturz ist der mangelhafte Gerüstbau. Wer hierfür die Verantwortung trägt, dürfte noch zu ermitteln sein. Den Bau führt Maurermeister Wandrich aus.

* Befähigungsnachweis — Sicherung der Bauverordnungen — Arbeiterentscheid. Der „Reform“-Eifer der preussischen Reichsregierung will sich am Schilde des Baugeschäfts betätigen. Durch die Tagespresse wird ein Gesetzentwurf bekannt, den die preussische Regierung beim Bundesrat eingebracht hat, wonach der Befähigungsnachweis für das Baugewerbe auf Umwegen eingeführt werden soll. Es sollen Vorführungen getroffen werden, daß nur Leute mit „genügender Vorbildung“ Vauten übernehmen können. Wir kommen in einer der nächsten Nummern auf die Angelegenheit zurück. — Eine andere Meldung besagt, daß der a. d. Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Bauverordnungen erlassen und vom Bundesrat auch bereits angenommen worden ist. Die „acht“ Freude der Bauhandwerker über das „achte Kind geistigerlicher Fingiertheit“ scheint aber nicht besonders groß zu sein. Nach der Mitteilung des „Centralblatt für das deutsche Baugewerbe“ soll durch einen Vermerk auf dem Grundbuchblatt den Baugläubigern ein Vorrat auf Eintragung einer Bauhypothek für ihre Bauverordnungen gewährt werden. Der Bauunternehmer kann sich hierüber bereuen, wenn er den fünften Teil der voranschreitend entstehenden Baukosten in bar oder Wertpapieren hinterlegt. Bevor eine solche Sicherleistung erfolgt ist, soll die polizeiliche Baueinsicht nicht erteilt werden. Das erwähnte „Centralblatt“ sieht in dem geplanten Gesetz eine schwere Gefahr für das Baugewerbe (Verlangsamung und Vertiefung des Bauens), aber auch seinen Vorteil für die Handwerker, namentlich nicht für solche, die am Ausbau beteiligt sind. Ob auch die Arbeiter gegen die Zahlungsunfähigkeit und -unmöglichkeit der sogenannten Baukosten geschützt werden sollen, geht aus der Mitteilung nicht hervor. Wir werden auch auf diese Frage zurückkommen, wenn uns der Gesetzentwurf vorliegt. — Zu einem Gesetzentwurf zum Schutze der Bauarbeiter gegen Lebensgefahr scheint sich die Reichsregierung noch immer nicht durchgerungen zu haben. Hier ist über allen Wipfeln Ruhe! Wir sind aber der Meinung, daß gerade auf diesem Gebiete ein Eingreifen der Reichsregierung am allerwichtigsten ist. Unfälle über Unfälle, schwere, vielfach tödlich verlaufende Unfälle im Baugewerbe haben wir Woche für Woche zu registrieren, das Blut der Tausende im Dienste des Baugewerkes hingemordeter Arbeiter schreit längst zum Himmel — aber mit einer durchgreifenden Gesetzgebung zum Schutze der Bauarbeiter beschäftigen sich weder die Reichsregierung, noch die Regierungen der Einzelstaaten. Wie lange soll dieser ganz unzulässige Zustand noch dauern?

* Bautätigkeit in deutschen Großstädten. Nach dem Berichte des Statistischen Amtes für das Vierteljahr April bis Juni 1905 hatte Bremen mit 11,98 Wohngebäuden auf 10.000 Einwohner den verhältnismäßig höchsten Zugang. Es folgen Bremen mit 9,81, Duisburg mit 8,81, Düsseldorf, Dortmund, Kiel und Götting mit 4,98, 4,94, 4,62, und 4,24 ufm. Am niedrigsten stehen Altona, Magdeburg und Braunschweig mit 0,79, 0,47 und 0,45. Der Durchschnittszugang belief sich auf 2,81. Auf diese großen Unterschiede hat selbstverständlich die Bauweise einen bedeutenden Einfluß aus. Das wird klar, wenn wir nur die Größe der neuerbauten Wohnhäuser ins Auge fassen. Der Kölner Bericht bemerkt, daß die Zahl der in einem solchen Hause neuentstandenen Wohnungen und der damit für Charlottenburg 20,80, für Bremen 2,26 als Grenzwerthe, 7,28 als Mittelwert fest. U. E. dürfte sich jedoch die Zahl der vorhandenen Wohnräume dafür besser eignen, wenn sich auch kein absoluter Maßstab daraus ergibt.

Nach der Zahl der neu entstandenen Wohnungen nimmt Bremen mit 70 auf 10.000 Einwohner die erste Stelle ein. Den nächstgrößeren Zugang hatten Bielefeld mit 45, Duisburg und Kiel mit je 38, Charlottenburg mit 36, Dortmund und Hamburg mit je 31 ufm. Am schwächsten stellte sich, auf die Breitenzahl bezogen, die Bruttozunahme der Wohnungen in Altona und Magdeburg mit je 5 und in Braunschweig mit 4 auf 10.000 Einwohner. Der Durchschnitt betrug 20.

Im Vergleich mit dem Wohnungsbestande zu Beginn der Berichtszeit erstreckten sich Bremen und Duisburg mit 2,84 und 2,16 pSt. des höchsten Zuwachses. Im übrigen weisen namentlich noch Bielefeld (1,98), Kiel (1,74), Hamburg (1,37) hohe, Altona und Magdeburg (je 0,20) dagegen sehr niedrige Werte auf. Im Durchschnitt betrug der Prozentsatz 0,91.

Die Bedeutung des Wohnungszuganges für das Wohnungsangebot richtet sich nach der Höhe des bereits vorhandenen überzähligen Vorrats von Wohnungen. Der Prozentsatz der über-

stehenden Wohnungen stellte sich nach den letzten Zählungen am höchsten in Dresden mit 7,8. Auch Breslau (5,7), München (5,0), Witten (4,7), Bielefeld (4,7), Königsberg (4,5), Düsseldorf (4,4), Mannheim (4,2), Hamburg (4,1) und Duisburg (4,0 u. 3,1) verzeichnete über eine reichliche oder mittelmäßige Anzahl von vermieteten Wohnungen. Verhältnismäßig wenig Wohnungen fanden dagegen in Bremen, Halle, Altona und besonders Dortmund mit 1,8, 1,5 und 0,2 p. 100 zur Verfügung. Bei Gegenüberstellung des Wohnungsmangels und des überzähligen Vorrates zeigt sich, daß, soweit Angaben nach beiden Richtungen vorliegen, in Dortmund die starke Bautätigkeit in einem beträchtlichen Wohnungsmangel und umgekehrt namentlich in Dresden, dann aber auch in München, Magdeburg, Königsberg, Essen, Leipzig, Mannheim usw. die geringere Bautätigkeit in einem reichlichen Angebot von leerbefindenden Wohnungen begründet war. Andererseits fällt ein hoher Wohnungszugang bei reichlichem überzähligen Vorrat in Witten und Bielefeld und eine schwache Wohnungszunahme bei niedrigem Prozentsatz leerbefindender Wohnungen in Halle und Altona auf. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß die letzte Zählung der leerbefindenden Wohnungen in München und Altona um mehr als vier Jahre zurückliegt. Eine bis in die neueste Zeit reichende, völlig verlässliche Baustatistik fehlt leider. Sondern lassen die Verträge über die Ueberfüllung und Mängel der Wohnungen im Stich.

Aus anderen Verufen.

250 000! Die Auflage der „Metallarbeiter-Zeitung“ hat jetzt diese Höhe, eine Viertel Million, erreicht. Es ist, wenn wir uns recht erinnern, noch kein Jahr her, daß sie die große Nummer brachte, daß ihre Auflage 200 000 betrage. Also innerhalb eines Jahres eine Steigerung von 50 000! Der Metallarbeiterverband hat, vielleicht außer den Vergewaltigern, den stärksten Segner zu bewilligen; es ist also gemäß des Wortes: „Trud erregt Gegenwind“, kein Zufall, wenn gerade er die schnellsten und größten Fortschritte in der Organisierung der Arbeiter aufzuweisen hat. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ sagt am Schluß des Artikels, der diesen Fortschritt würdigt: „Früher auf dem weiteren Kampfe, früher auf zu früherer Agitation, denn wir bald unser nächstes Ziel — nicht unser Endziel — erreichen: die 300 000!“

Polizei und Gerichte.

* **Nachrichten von der Ausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.** Wegen Vergehens gegen die §§ 165, 240, 242, 44, 78, 74 und 163 der Gewerbeordnung stand der Maurer Daniel Heis vor dem Schöffengericht in Hagen. Heis sollte zu seinem früheren Kollegen, dem „Arbeitswilligen“ Maurer Eduard Schröder, gesagt haben: „Bei Odemwald, dem Lump, arbeitst du?“ Weiter sollte er zu Schröder gesagt haben, indem er auf seinen Hund zeigte: „Kennst du den? Wenn die Hunde länger werden, werden wir schon kontrollieren; von Hündchen bist du weggefallen und hier willst du Streikbrecher spielen?“ Ein anderes Mal soll er in Bezug auf Schröder gesagt haben: „Schil da geht der Weibsbild. Heis betrifft die angegebenen Anmerkungen. Bei der Zeugenvernehmung stellte es sich heraus, daß der „Arbeitswillige“ Schröder vor kurzem wegen Weibsbild eine 3 Monate Strafe von 1 Jahr 9 Monaten abgemindert hatte. Der Anwalt ließ den § 163 fortlassen und beantragte gegen Heis 15 Geldstrafe. Nach einer kurzen, aber gründlichen Verleumdungsschelte des Rechtsanwalts Schell kam das Gericht zu einer Freisprechung.

Während der Ausperrung sollte Kollege Wische in Hagen einen Trupp Streikbrecher sowie die Polizei in Gerdelsberg beleidigt haben. Am 30. Juli, gegen 6 Uhr Abends, brachte der Unternehmer Wilschard mit einigen Polizisten einen Trupp Streikbrecher, weiß Ausländer, zur Wache. Bei dieser Gelegenheit sollte Wische gesagt haben: „Schäme ich mich nicht, daß ihr euch wie die Verbrecher von der Polizei durch die Straßen transportieren laßt? Dazu ist die Polizei gerade gut genug.“ Ferner soll Wische in der Wache, wo der Unternehmer für sämtliche „Arbeitswillige“ Bier ausgab, gesagt haben: „Die „Arbeitswilligen“ und die Polizei lassen sich mit Bier traktieren. Wische betrifft die ihm zur Last gelegten Verleumdungen. Die Anklage auf Grund des § 163 ließ der Anwalt sofort fallen, weil es sich nachweislich um eine Ausperrung handelt. Auf die Frage des Anwalts, ob sich der Beamte beleidigt gefühlt hätte durch die Worte: „Ihr laßt euch wie die Verbrecher von der Polizei durch die Straßen führen“, usw., da er ja hierzu kommandiert sei und es ihm ganz gleich sein könne, ob er Verbrecher oder „Arbeitswillige“ zu transportieren hätte, erklärte der Beamte, daß er sich nicht beleidigt gefühlt habe. Betreffs der Verleumdung: „Die Polizei laßt sich mit Bier traktieren“, stellte es sich heraus, daß der Polizeibeamte Siliog an dem fraglichen Nachmittage vom Unternehmer ein Glas Bier angenommen hatte. Der Unternehmer sagte, der Beamte hat mit der 10. 4 für ein Glas Bier, das er getrunken hat, am andern Morgen wieder zurückgegeben. Erst dann wurde gegen Wische Anzeige erhoben. Der Anwalt erklärte, wenn die Polizei gewußt hätte, daß der Beamte tatsächlich vom Unternehmer mit Bier hätte traktieren lassen, so wäre die Anzeige unterblieben, da es den Beamten streng verboten sei, während des Dienstes Bier zu trinken. Aus diesem Grunde beantragte er Freisprechung. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Anwalts an.

Wegen eines Vergehens gegen den § 163 der Gewerbeordnung hatte sich der Maurer Dietrich Kuhn am 11. November vor dem Schöffengericht in Essen a. d. Ruhr zu verantworten. Der Anklage lag folgender Tatbestand zu Grunde: Kuhn war am 17. Juli mit noch mehreren Ausgewanderten am Neubau des Unternehmens Fritz in der Surmungsstraße, um den dort arbeitenden Handwerker, jetzigen Maurer Karl Grobe zur Arbeitsunterbrechung zu bewegen. Da Grobe nicht mit sich sprechen ließ, sollte die Maurer zu ihm gesagt haben: „Nun, dann wirst du heute Abend, wenn wir wieder kommen, schon mehr Zeit haben.“ Am Abend war denn auch eine größere Anzahl Maurer und Handwerker an der Baustelle erschienen, unter diesen auch der Angeklagte. Bei dieser Gelegenheit soll nach Kuhn dem „Arbeitswilligen“ Grobe zugehört haben: „Morgen Mittag arbeitst du nicht mehr, da hast du so viel, daß du das Weibsbild verläßt.“ Diese Äußerung betraf die Angeklagte. Der als Zeuge vernommene „Maurer“ Karl Grobe behauptet aber, Kuhn und sein anderer habe diese Drohung ausgesprochen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er den Angeklagten als den Täter bestimmt wiedererkennt, wurde er

in seiner Aussage wankend. An dem selben Ort und an einer Blume, die Kuhn im Knopfloch trug, will er den Angeklagten erkannt haben. Keiner der übrigen, die sich in Begleitung des Kuhn befanden, trug nach Aussage dieser Zeugen Blumen im Knopfloch. Der folgende Zeuge, Maurer Kollata, sagte aber aus, daß bald alle Blumen tragen und er dieselben unter die Kollegen verteilt habe. Der Anwalt beantragte zehn Tage Gefängnis, während der Verurteilung, Rechtsanwalt Walsch II, für Freisprechung eintretend. Das Urteil lautete dem Antrage des Verteidigers gemäß. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Dieses Urteil gefiel aber dem „Arbeitswilligen“ Grobe nicht. Er wollte nach dem Urteilspruch noch einmal das Wort haben. Als der Vorsitzende sagte, für uns ist die Sache erledigt, gab Grobe zur Antwort: „Dann lege ich Verurteilung gegen das Urteil ein.“

Vor dem Schöffengericht zu Hagen hatte sich am 16. November der Maurer Heindrich wegen Verleumdung „Arbeitswilliger“, insbesondere wegen Verleumdung mit „Löffel“, zu verantworten. Die vom Angeklagten sowie von dessen Rechtsvertreter zur Ladung vorgelegten Zeugen wurden vom Gericht abgelehnt, dagegen die drei „Arbeitswilligen“, gegen die sich die angegebene Verleumdung gerichtet haben soll, als Zeugen vernommen. Nach Vernehmung dieser einmündigen Zeugen wurde die „Verleumdung“ geschlossen und der Angeklagte verurteilt zu acht Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

* **Nachrichte von der Ausperrung in Lützenfeld.** Am 19. Oktober hatten sich die Kollegen Ferd. Schmidt und G. Schäfer wegen Vergehens gegen § 163 der Gewerbeordnung und §§ 185 und 73 des Strafgesetzbuches vor dem Schöffengericht zu Lützenfeld zu verantworten. Ersterer sollte den „Arbeitswilligen“ Georg Lauber durch beleidigt haben, daß er ihm „Verleumdung der Lützenfelder Arbeiter“ zugehört haben sollte. Obwohl der Zeuge, Statistikermeister Wengert, mit welchem Kollege Schmidt während der fraglichen Zeit gesprochen hatte, nichts von der Verleumdung gehört hatte, beschwor dies der als Zeuge erschienene „Arbeitswillige“ Lauber. Der Anwalt beantragte deshalb eine Woche Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freisprechung mit folgender Begründung: Der § 163 kann nicht in Anwendung gebracht werden, weil, wie erwiesen, der Angeklagte zwar Mitglied des Maurerverbandes ist, die Maurer aber vor der Ausperrung keine Forderungen eingereicht hatten, also eine Vereinbarung zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht bestand, der § 185 aber eine solche voraussetzt. Weiter hat das Gericht als erwiesen erachtet, daß der Angeklagte den Lauber durch die Worte „Verleumdung“ usw. zwar beleidigt hat; da Strafanzug von diesem aber nicht gestellt ist (der Unternehmer Wilschard hatte Strafanzug gestellt) ist der Angeklagte freizusprechen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Der Kollege Schäfer hatte zwei „Arbeitswilligen“, „Streikbrecher“ zugehört; auch in diesem Falle war Strafanzug von den „Arbeitswilligen“ nicht gestellt worden. Es erfolgte auch deshalb ebenfalls Freisprechung mit derselben Begründung. Ebenfalls wegen Vergehens gegen § 163 hatte sich der Kollege W. Welsch zu verantworten. Er sollte dem „Arbeitswilligen“, Maurer Wengert, zugehört haben: „Du Lump, wenn du weiterarbeitest, schlägt ich Dir die Knochen kaputt.“ Unter Kollege Welsch nicht erschienen. Obwohl der als Zeuge erschienene „Arbeitswillige“ unfindere Aussagen machte, kam das Gericht doch zu einer Verurteilung. Der § 163 wurde zwar fallen gelassen, weil aber der Angeklagte wegen Streikvergehens verurteilt war, wurde er wegen Verleumdung zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 2. November hatte sich Kollege Ferd. Schmidt abermals wegen desselben Vergehens zu verantworten. Er sollte am 18. August den Statistiker Philipp Wausch, der zu dieser Zeit Streikarbeit verrichtete, durch die Worte: „Du mußt doch Hunger haben, Du Verräter der Lützenfelder Arbeiter!“ usw., verleumdet haben. Da als Unternehmer macht solche Arbeit?“, beleidigt haben. Der § 163 kam auch hier aus oben erwähnten Gründen nicht in Anwendung. Da der Streikbrecher aber Strafanzug gestellt hatte, wurde Kollege Schmidt zu 30 Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Nicht so glücklich kamen zwei Zimmerer davon, die wegen desselben Vergehens angeklagt waren. Sie hatten nämlich zugehört, daß sie Forderungen an die Unternehmer eingereicht hätten. Das Gericht nahm daher an, daß hier der verurteilte § 163 in Anwendung gebracht werden müsse, weil ja nunmehr die Vereinbarung bestand. Es wurde deshalb jeder mit 3 Tagen Gefängnis bestraft.

* **Die Staatsaktion der Elberfelder Geheimpolizei vor der Strafkammer zu Elberfeld.** Die Verge triffen und ein kleines Mädchen wird geboren, so könnte man sagen von der Gerichtsverhandlung, die am 8. November stattfand und in der vier Maurer und zwei Bauhilfsarbeiter sich zu verantworten hatten. Anlässlich des Schwelmer Maurerstreiks hatten sich der „Maurermeister“ Wilsch, Morchel von Elberfeld mit seinen beiden Söhnen Wilhelm und Johann, sowie der frühere „Baumunternehmer“ Nid von Elberfeld dem Maurermeister J. J. J. in Schwelm als „Arbeitswillige“ zur Verfügung gestellt, indem sie dort dringende Arbeiten in Alford ausführten, wodurch der dortige Streik wesentlich beeinflusst wurde, indem die Zahl der Streikbrecher sich durch dieses böse Beispiel erheblich vermehrte. Die Angeklagten und auch noch viele andere Personen hatten nun versucht, die „Arbeitswilligen“ von ihrem unsolidarischen Handeln abzubringen, indem sie sie Abends am Bahnhof Döppersberg in Elberfeld erwarteten und ihnen die Sache vorstellten und sie anständig baten; die Arbeit doch ausniederzulegen. Morchel hatte nun nichts Gütigeres zu tun, als an die Elberfelder Polizei ein Schreiben zu richten. Diesem Wunsch wurde auch entsprochen, indem eine ganze Anzahl Kriminalbeamten auf dem Bahnhof postiert wurden, die an einem Tage verschiedene Personen verhafteten und einen vollen Tag inhaftiert hielten. Es folgten Vernehmungen auf Vernehmungen vor der Polizei, vor dem Untersuchungsrichter usw., und als deren Ergebnis die Anklage anzuhängen ist. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung erhob schon kurz nach den Inhaftierungen energischen Protest gegen das Verhalten der Kriminalpolizei, sowie überhaupt gegen die schandvolle Behandlung der Inhaftierten. Die Presse beschäftigte sich

mit der Sache und allgemein ging die Ansicht dahin, daß die Kriminalpolizei andere Aufgaben habe, als „Arbeitswillige“ zu schämen. Auch in der Gerichtsverhandlung war nicht ein einziger der „Geheimen“ als Zeuge anwesend. Die Anklage lautete auf Verleumdung mit einem Verbrechen, Verleumdung, Körperverletzung und Körperverletzung. Nach umfangreicher Zeugenvernehmung, wobei sich die Aussagen der Zeugen öfter entgegenstanden, kam das Gericht zu folgendem Spruch: Die Angeklagten Maurer Wilsch, Wagnbach und Karl Schmidt sind freizusprechen; der Maurer Herrn Schmidt, dem nur eine Verleumdung nachgewiesen wurde, erhält eine Gefängnisstrafe von drei Tagen; der Maurer Ed. Lehnhart, der den Morchel mit den Worten: „Wenn einer einen Polizisten ruft und mich anzeigt, dem schneide ich den Hals ab“, mit dem Verbrechen des Totschlags bedroht haben sollte, erhält drei Wochen Gefängnis. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte bei diesen Worten sehr erregt gewesen sei, und sei die Sache nicht so tragisch zu nehmen, jedoch sei die Drohung eine sehr bedrohliche gewesen, weshalb Beirathung erfolgen müsse. Der Handwerker Brandt, der den Morchel jr. mißhandelt und bedroht haben soll, erhält zehn Tage Gefängnis. Am härtesten wurde der Handwerker Döhrner verurteilt. Er soll die Morchels bedroht, verhaftet und den Morchel jr. als dieser schon zu Hause im Garten war, mit einem Stein an den Kopf geworfen haben. Das Urteil lautete gegen diesen auf drei Monate und drei Tage Gefängnis. Man sieht also hier wieder, wie der laienhafte Eifer mancher Polizeibehörden hier Anklagen erzeugt, die nicht weniger als ruhmvol für sie enden. Den Verleumdungen und Verbrechen, Morchel und Nid, wurde auch noch das Recht zuerkannt, das Urteil durch Ausübung an der Gerichtsstelle zu veröffentlichen. Einen geradezu widerlichen Eindruck machte das Zeugnis des Zeugen Arbeiter Schmiedewind, dem, wie es schien, sehr daran gelegen war, die Angeklagten recht schwer zu belasten. So sagte er aus, daß Kollege Karl Schmidt einen sich als Zeugen anbietenden Schloßherrn bedroht habe, wenn er nur ein Wort sage, so schlage er ihm die Knochen kaputt. Von Morchel jr. wurde jedoch festgestellt, daß Schmidt nur gesagt hatte: „Sagst Du denn das, was Du sagst, gehen?“ und auf die vermeintliche Antwort des Zeugnisses sagte Schmidt dann: „Dummer Junge, wenn Du das nicht gesehen hast, dann mach, daß Du fortkommst und bringe keine Leute ins Unglück, sonst bekommst Du ein paar Ohrfeigen!“ worauf dann der unter Eid stehende Zeuge auf Vorhallen des Vorsitzenden erklärte: „Dann habe ich es falsch verstanden!“ Gerichtlich verurteilt sind die Arbeiter, moralisch die „Arbeitswilligen“.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 8. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporturen zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

„Die wahre Gestalt des Christentums“ von Pbro Gubel und Sigismund Kacrol, übertr. von August Wibel, ist soeben mit einem neuen Vorwort des Übersetzers von der Buchhandlung Vorwärts wieder herausgegeben. Der Preis für die Broschüre beträgt 50 Pf.; sie ist in allen Parreibuchhandlungen erhältlich.

„Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung und ihre sozialpolitische Bedeutung.“ Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts soeben eine beachtenswerte Arbeit aus der Feder Paul Kampffmachers erschienen. Der Preis beträgt M. 1,50; eine Agitationsausgabe kostet 75 Pf.

„Die Halskrankheiten: Husten, Schnupfen, Heiserkeit, Keuchhusten und Luftröhrenentzündung, Grippe, Influenza, Verhaltung und naturgemäße Behandlung.“ Von Dr. G. Kolleg 2. Aufl. Preis M. 1. Verlag von Edmund Demme, Leipzig. Es sterben mehr Leute am Schnupfen wie an der Cholera. Mit diesen Worten will der große Chiffant sagen, daß Halskrankheiten zu den häufigsten Krankheiten der Kulturmenschen gehören und daß sie durchaus nicht ganz harmlos sind. Man soll also die sogenannten „Erkältungskrankheiten“ durchaus nicht selbst überlassen, sondern zeitig für ihre Beseitigung sorgen, damit sie nicht chronisch werden. Wie man ihnen am besten vorgeht, oder — wenn schon vorhanden — sie beseitigt, darüber gibt das hübsche Büchlein Aufschluß.

Der Arbeiter-Motikalender für 1906 ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Der Preis ist wie alljährlich, 60 Pf.; er ist in allen Parreibuchhandlungen vorrätig und durch Kolporture und Zeitungsträger zu beziehen.

Briefkasten.

Elberfeld, S. Sie sind im Irrtum. Die Redaktion des „Grundstein“ hat noch nie Briefe, für die Expansio zu zahlen war, angenommen. Deshalb mußte auch Ihr Brief zurückgewiesen werden.

J. W. 100. Die Erben können den vollen Ertrag verlangen. Sie müssen aber von den Früchten des Aders soviel zurücklassen, als zu seiner ordnungsgemäßen Bestellung notwendig ist.

Altebst, Th. G. Ohne zu wissen, welcher Art von Krankheiten Sie angehen, können wir Ihre Frage nicht beantworten.

Niedorf, Krankenkasse, M. G. Ihre Karte mit der Versicherungsangabe kam zu spät. Sie hätte etwas früher hier sein müssen, als für dort zur Verrechnung eingeleitet wurde.

Miete 100. Die schriftliche Form des Mietvertrages ist nur dann unerlässlich, wenn das Grundstück länger als ein Jahr vermietet wird. In der Dauer des Mietvertrages nicht verbindlich, so gilt er als für unbestimmte Zeit abgeschlossen; die Kündigung ist jedoch nicht für eine frühere Zeit als für den Schluß des ersten Jahres zulässig. War hernach also eine schriftliche Form des Mietvertrages nicht notwendig, so braucht der Mieter auch nicht die Kosten dafür zu tragen.

